

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Pf. Poststeuer, 5- und 72 Pf. Postbefreiungsbühren, Auslandabonnements 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags dreimal, Sonntags und Feiertagen einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Sport und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Blitz in die Böhmermei“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpaltige Kompartimentgröße 80 Pfennig. Restante eine 2.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des abgedruckten Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeluche des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 66 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Föhn 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wollfr. 66. Diskontokonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 2

## Die Bombe von Utrecht.

### Brüssel und Paris dementieren. - Was ist mit dem Generalstabs-Abkommen?

Brüssel, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Die Enthüllung eines holländischen Blattes, das den angeblichen Text eines französisch-belgischen Militärabkommens sowie der zwischen den Generalstäben Frankreichs und Belgiens gemeinsam ausgearbeiteten strategischen Pläne veröffentlicht, hat in Brüssel ungeheures Aufsehen erregt. Von amtlicher belgischer Seite wird die Veröffentlichung als grobe Fälschung hingestellt und auf die Erklärungen hingewiesen, die Van der Velde als Außenminister 1927 in der Kammer abgegeben und Caspar als Ministerpräsident Anfang 1928 der gemischten Militärkommission überreicht hat. Diese Erklärungen bezogen sich auf den französisch-belgischen Militärvertrag, der seinerzeit in vollem Wortlaut veröffentlicht und beim Völkerbund eingetragen worden ist. Nur die Ausführungsbestimmungen, die von den Generalstäben der beiden Länder ausgearbeitet werden, wurden geheim gehalten.

Der Brüsseler Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ bemerkt in Ergänzung der amtlichen Darstellung, daß die Veröffentlichung des Utrechter Blattes auch in sozialistischen Kreisen Brüssels, wo man der heutigen Regierung und namentlich dem Kriegsminister de Broqueville schon allerlei zutraut,

ganz allgemein als eine Fälschung gewertet

wird. Das angebliche Abkommen der beiden Generalstäbe spricht u. a. auch von einem angeblichen belgisch-englischen Militärabkommen, das am 7. Juli 1927 abgeschlossen worden sein soll. Von einem solchen Abkommen ist in Belgien bisher noch nie etwas bekannt geworden. So zu dem angegebenen Zeitpunkt die belgischen Sozialisten in der Regierung saßen, müßte wenigstens der eine oder der andere Minister etwas davon wissen. Außerdem ist es an sich ein starkes Stück, glauben machen zu wollen, daß England sich Belgien gegenüber verpflichtet habe, mit seinen Truppen durch holländisches Gebiet nach Deutschland einzumarschieren. Aber selbst wenn man die Möglichkeit einer militärischen französischen Hilfe für Belgien gegen Holland zugestehen wollte, so ist es doch gewiß viel weniger wahrscheinlich, daß sich Belgien Frankreich gegenüber verpflichtet haben soll, an einem Krieg gegen Italien aktiv teilzunehmen, und das 18 Monate nach der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno, in dem auch Italien die belgische Grenze gegen einen deutschen Angriff garantiert.

Das will aber nicht besagen, daß man in belgischen sozialistischen und pazifistischen Kreisen in jeder Beziehung beruhigt wäre. Von nicht amtlicher, aber sehr gut unterrichteter Seite wurde dem Korrespondenten des „Soz. Pressedienstes“ folgendes mitgeteilt: Ganz gewiß ist der angebliche Geheimvertrag im Unterschied von dem angeblichen Abkommen der Generalstäbe eine Fälschung. Was das letztere betrifft, so ist soviel sicher, daß die sozialistischen Minister, die 1927 in

der Regierung saßen, keinerlei Kenntnis von ihm hatten. Denkbar wäre allerdings, daß das Abkommen der Generalstäbe entweder nach Ausscheiden der Sozialisten aus der Regierung, das im November 1927 erfolgte, abgeschlossen wurde,

oder gar, daß das Abkommen ihnen gegenüber geheimgehalten wurde.

Es besteht in der Tat gar keine Gewähr dafür, daß die Pläne der Generalstäbe allen Ministern mitgeteilt werden, insbesondere, wenn man es mit einem Kriegsminister wie de Broqueville zu tun hat. Außerdem ist den Generalstäben, wenn sie erst einmal anfangen, strategische Pläne auszuarbeiten, zugunsten, daß sie auch die unwahrscheinlichsten und selbst die tollsten Hypothesen (siehe Groener-Denkchrift! Red.) berücksichtigen. Aber solche strategischen Pläne können auf keinen Fall die Regierung auf irgendwelche Weise binden. Sie bleibt in ihren Entschlüssen vollständig frei. Das ist der wichtigste Grundsatz des belgisch-französischen Militärabkommens von 1920, ohne dessen ausdrückliche Festlegung die belgischen Sozialisten ihm niemals zugestimmt hätten. Diese strategischen Pläne der Generalstäbe sind also im Grunde nichts anderes als militärische Spielereien, wenn sie auch recht gefährliche Spielereien sind, denen ein Ende gemacht werden muß.

In übrigen sind bereits für die Dienstagssitzung der Kammer zwei Interpellationen über die Veröffentlichung angekündigt, die eine von dem Antwerpener Bürgermeister und holländischen Abgeordneten van Cauwelaert, die andere vom holländischen Nationalsozialisten Vos.

### Auch Paris dementiert.

Paris, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Die Veröffentlichung eines im Jahre 1920 abgeschlossenen und im Jahre 1927 erneuerten Geheimvertrages zwischen Frankreich und Belgien durch ein holländisches Blatt wird an hiesigen amtlichen Stellen als apokryph bezeichnet. Die Pariser Presse hat ihrerseits bisher nur wenig Notiz davon genommen. Einzelne Blätter versuchen allerdings, das Ganze als ein deutsches Manöver hinzustellen.

### Offizielle Anfrage Hollands in Paris und Brüssel.

Haag, 25. Februar.

Wie halbamtlich verlautet, hat die niederländische Regierung die niederländischen Gesandten in Paris und Brüssel beauftragt, den Regierungen Frankreichs und Belgiens die offizielle Anfrage vorzulegen, ob der vom „Utrechtisch Dagblad“ veröffentlichte Text der belgisch-französischen Militärkonvention authentisch ist und die von dem erwähnten holländischen Blatt wiedergegebenen Auszüge aus den Interpretationsbestimmungen zu dieser Konvention richtig wiedergegeben sind.

## „Geheimverträge.“

### Grundfällige Randbemerkungen.

Mit den „Geheimverträgen“, die durch irgendeine „Indiskretion“ an das Tageslicht gelangen, ist es so eine eigentümliche Sache. Solange ihre Echtheit nicht von den beteiligten Regierungen zugegeben wird, kann man sie kaum beweisen. Deshalb versehen die Enthüller stets ihre Veröffentlichung mit dem Bemerkten, daß sie „kein Dementi fürchten“. Erfolge dieses Dementi dennoch, dann bleiben sie dabei, daß sie „dieses Dementi erwarteten“ hätten, aber dadurch „an der Authentizität des veröffentlichten Dokumentes nicht das geringste geändert“ wird.

Eine Ausnahme von dieser Regel bildeten nur die nach der russischen Revolution von der Sowjet-Regierung aus den Staatsarchiven vorgenommenen Publikationen. Hier war alles Dementieren zwecklos, denn die Originaldokumente standen ja zur Verfügung. Auch im Falle des englisch-französischen Flottenkompromisses vor einigen Monaten mußte die Authentizität des in der Hearst-Presse erschienenen Schriftstückes zugegeben werden, da der amerikanische Journalist Moran die den Standeslitten schroff widersprechende Rücksichtslosigkeit beging, seine Gewährsmänner zu verraten.

In den meisten Fällen aber wird eine hundertprozentige Sicherheit in Ermangelung eines Geständnisses nie zu erreichen sein. Man erinnere sich an die Enthüllungen des „Berliner Tageblattes“ über einen tschechisch-französischen Militärbündnisvertrag, dessen Authentizität der damalige tschechische Gesandte, Genosse Lufar, leidenschaftlich bestritt, kurz bevor er, angeblich infolge der Aufregungen, die diese Veröffentlichung bei ihm verurlichte, durch Herzschlag plötzlich verstarb.

Nach dem Abschluß des Rapallo-Vertrages ist vor allem in der nationalistischen Londoner Presse der Text eines geheimen deutsch-russischen Militärabkommens veröffentlicht worden, das von Berlin sofort als grobe Fälschung bezeichnet wurde. Ähnliche Behauptungen und Dokumente tauchten später im Zusammenhang mit dem deutsch-russischen Berliner Vertrag, der im Winter 1926 gewissermaßen als „Gegengewicht“ zum Rheinpakt von Locarno abgeschlossen wurde, auf. Alle Deutschen und russischen Dementis haben nur wenig genutzt: das Ausland glaubt noch heute fest an die Existenz militärischer Geheimklauseln, die die deutsch-russischen Freundschaftsverträge ergänzen sollen. Erst dieser Tage ist in Deutschland feindlich gesinnten Pariser Blätter sogar behauptet worden, daß das jüngst unterzeichnete deutsch-russische Schiedsabkommen geheime Bestimmungen militärischer Natur verberge!

Uebrigens ist es verhältnismäßig leichter, ein diplomatisches Dokument zu fälschen als eine Banknote. Bei der Banknote kann man die Fälschung stets nachweisen, obwohl manchmal die lithographische Nachahmung so geschickt ist, daß nur Spezialisten mit starken Lupen und auch der Kenntnis der Wasserzeichengeheimnisse diesen Nachweis zu führen vermögen.

Beim diplomatischen Dokument muß der Fälscher schon sehr plump und unvorsichtig ans Werk gegangen sein, wenn man ihn auf einen offenkundigen Unsinn und damit auf eine Fälschung festnageln kann. Das Technisch-Neuherliche eines Vertrages entspricht einem in der internationalen Diplomatie allgemein üblichen Schema F. Ein wenig Routine im Kurialstil, etwas Kenntnis der wichtigsten diplomatischen Vorgänge und sehr viel Frechheit — das sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verkauf eines zurechtgemachten „Geheimvertrages“. Denn auf den Verkauf kommt es meist dem Hersteller an. Abnehmer finden sich immer. Der Fabrikant muß schon sehr ungeschickt gewesen sein, um sich von der Gesandtschaft eines interessierten Landes oder von der Redaktion eines gutfundierten Sensationsblattes hinauswerfen zu lassen. Da muß er schon einen zu der betreffenden Zeit bereits verstorbenen Staatsmann als Unterzeichner angeben, um als Fälscher auf den ersten Blick entlarvt zu werden.

Schwerer ist es allerdings, die Echtheit oder Fälschung eines Dokumentes zu behaupten, wenn es sich um ein Militärabkommen handelt; denn hier fällt das Kriterium des offenkundigen Unsinns fort: wenn selbst ein relativ so kluger Militär, wie es General Groener zweifellos ist, sich nicht genierte, seinen Panzerkreuzer u. a. mit der Möglichkeit eines tschechisch-italienischen Konfliktes zu begründen, warum sollten belgische, französische oder englische Militärs nicht noch viel größere Dummheiten zu Papier bringen?

Alle die vorstehenden Bemerkungen können und sollen in keiner Weise als eine Meinungsäußerung pro oder contra hinsichtlich der Frage der Echtheit der jetzt zur Debatte stehenden Enthüllungen des Utrechter Blattes aufgefaßt werden. Sie bezwecken lediglich, die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die sich für die Beurteilung eines jeden enthüllten Geheimvertrages ergeben. Der gewissenhafte, nicht auf Böflichkeit ausgehende Journalist wird sich daher auch in seinen Kommentaren äußerster Zurückhaltung befleißigen müssen. Er müßte eigentlich jeden Satz seines Kommentars mit dem Vorbehalt begleiten: „vorausgesetzt, daß das

## Bürgerblockfront in England?

### Erste Wahlverabredungen in Schottland.

London, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Die Besprechungen, die seit langem zwischen den lokalen Konservativen und liberalen Wahlkreisorganisationen stattfanden, haben zunächst in Schottland die ersten Resultate gebracht. Wie aus Glasgow gemeldet wird, haben die schottischen Wahlkreiskomitees der Liberalen und Konservativen von Kirkcaldy und Montrose den Beschluß gefaßt, sich auf je einen bürgerlichen Kandidaten zu einigen. Im ersten Wahlkreis wird der liberale, im letzteren der konservative Kandidat zurücktreten. Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß dies den Beginn der Bildung einer bürgerlichen Einheitsfront darstellt, die binnen kurzem auf England und Wales übergreifen wird.

### Englands Heeresausgaben. - Labours Vorstoß.

London, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Der am Montag veröffentlichte Voranschlag für die britische bewaffnete Macht (Landheer) sieht für das kommende Finanzjahr eine Ausgabe von 40 545 000 Pfund Sterling (rund 810 Millionen Mark) vor. Dies stellt eine Herabsetzung der Ausgaben für die Landmacht von 205 000 Pfund Sterling gegenüber dem Vorjahre dar. In einem Memorandum, mit dem der Kriegsminister wie üblich den Voranschlag begleitet, heißt es, daß die Ausgaben für die Armee seit 1922 schrittweise um beinahe 22 Millionen Pfund Sterling (440 Millionen Mark) vermindert worden seien. Die britische Territorialarmee hatte am 1. Januar einen Stand von 6932 Offizieren und 162 444 Mann. Die Armeemanöver des Jahres 1929 werden ausfallen.

Die Arbeiterpartei wird anlässlich der Debatte des Militäretats im Unterhaus am Donnerstag folgenden Antrag einbringen:

„Das Unterhaus ist der Auffassung, daß die nationale Sicherheit und daher der internationale Friede nur durch ein internationales Abkommen gewährleistet werden kann, das eine wesentliche Verminderung aller militärischen Dienstzweige vorsieht; die Regierung wird daher aufgefordert, Vorschläge für eine bedeutende Herabsetzung des Mannschafs- und Offizierstandes, sowie für eine Beschränkung der Materialausgaben militärischer Natur zu entwerfen, und derartige Vorschläge auf der beratenden Abrüstungskonferenz in Genf zu unterstützen.“

Der Antrag wird im Unterhaus von Ramsay MacDonald begründet und von dem Abgeordneten der Arbeiterpartei Dunnington, einem anglikanischen Priester, unterstützt werden.

### Kriminalchriftsteller als sozialistischer Kandidat?

London, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Wie der liberale „Star“ meldet, ist der auch in Deutschland bekannte Kriminalchriftsteller und Dramatiker Edgar Wallace von verschiedenen Wahlkreiskomitees der Arbeiterpartei eingeladen worden, bei den kommenden Neuwahlen als Sozialist für das Unterhaus zu kandidieren. Man vermutet, daß Wallace die Einladung eines aussichtsreichen Nord-Londoner Wahlkreises annehmen wird. Jedoch ist offiziell über die Kandidatur im Hauptquartier der Arbeiterpartei noch nichts bekannt.



Schriftstück echt ist. Eine solche Besprechung hängt infolgedessen gänzlich in der Luft.

Die meisten deutschen Zeitungen, vor allem natürlich die deutschnationalen, lassen indessen jene Zurückhaltung gänzlich vermissen. Für sie steht die Echtheit dieser Dokumente schon fest, und sie knüpfen daran entsprechende Kommentare über den Betrug der Locarno-Politik, über die neue Einkreisung Deutschlands und dergleichen. Für sie handelt es sich dabei lediglich um ein großangelegtes inner- und außerpolitisches Hegegeschäft, das sie sich nicht entgehen lassen können.

Die abwartende, vorsichtige Haltung der amtlichen deutschen Kreise ist hingegen die einzig mögliche und einzig richtige. Wir haben in aller Offenheit die Gründe dargelegt, weshalb auch wir eine abschließende Stellungnahme ablehnen müssen. Wir sagen: die Dokumente können echt, sie können auch gefälscht sein. Wir verweisen vor allem auf die sehr wichtigen Äußerungen unseres Brüsseler Berichterstatters, der seit jeher in engster Fühlung mit den maßgebenden Führern der belgischen Sozialdemokratie steht. Auch er läßt die Möglichkeit durchblicken, daß militärische Ausführungsklauseln, wie sie in Utrecht publiziert worden sind, tatsächlich existieren. Aber er weist darauf hin — und daran haben wir nicht den leisesten Zweifel —, daß auch in einem solchen Falle die betreffenden Abmachungen nur hinter dem Rücken sozialistischer Minister in Belgien erfolgt sein könnten.

Restlose Klarheit dürften — nach den formellen Dementis, die gestern in Paris und Brüssel erschienen sind — auch die Parlamentsdebatten in Brüssel, London und anderswo kaum bringen. So werden die Utrechter Enthüllungen — gleichviel, ob sie auf Wahrheit, auf Dichtung oder auf einem Gemisch von Wahrheit und Dichtung beruhen — nur neue Unruhe und neues Mißtrauen zurücklassen. Das ist bedauerlich, aber leider nicht zu vermeiden, nachdem gerade in Frankreich und Belgien von Bürgerkriegsregierungen eine Rüstungspolitik betrieben wird, die mindestens ebenso sehr völkerrechts- und locarnowidrig ist wie jene Geheimverträge, deren Echtheit wohl nie wird bewiesen werden können, auch wenn sie echt wären.

## Held appelliert an Amerika.

Neue bayerische Quertreiber.

Herr Held, der bayerische Ministerpräsident, hat einem Vertreter der „Chicago Daily News“ ein Interview gegeben. Herr Held beschwert sich in diesem Interview, daß die Weimarer Verfassung Bayern sogar das Recht genommen habe, ein eigenes Heer zu halten. Er prägte folgende Sätze:

„Bayerns Kampf hat die Wiederherstellung eines Teils dieser Rechte zum Ziel, damit Bayern Bayern bleiben kann und nicht in die große Masse der Deutschen hineingezogen wird.“

Das bayerische Volk hat es einfach satt, durch Berlin unterdrückt zu werden. Aber die Welt soll wissen, daß wir Bayern uns nie dergewolligen lassen werden.“

Der nichtunterrichtete Amerikaner könnte fast glauben, Bayern sei ein von Deutschland erobertes und unterdrücktes Nationalstaat. Es fehlt nur noch, daß Herr Held sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen beruft.

Wir Bayern — Herr Held aber stammt aus Hessen. Es ist sehr geschmacklos, wenn ein Hesse bei den Amerikanern darüber Klage führt, daß Deutschland die Bayern unterdrückt!

## Krach im weißblauen Nationalistenlager

Vaterländische Verbände gegen bayerischen Kriegerbund.

München, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Schmerzhaft haben die unter deutschnationaler Führung stehenden vaterländischen Verbände in Bayern bei ihren Kundgebungen und Aufmärschen die Desfunktionskraft mit den ausgeborgten Mannen des bayerischen Kriegerbundes getäuscht. Ohne diese Leute hätten die vaterländischen Verbände in Bayern wegen Mangel an Teilnehmern meist gar nicht abgehalten werden können. Dieser Mißbrauch für rechtsradikale Politik wurde dem Präsidium des Kriegerbundes zu dumm, als er seine Leute wiederum zu einer Kundgebung der vaterländischen Verbände gegen die Republik verleiten sollte. Die Kriegerbünde toten nicht mehr mit. Die Deutschnationalen versuchten darauf eine innere Revolte gegen das Präsidium des Kriegerbundes mit dem Ziel, dieses Präsidium zu stürzen, an dessen Stelle Deutschnationalen zu setzen und den Beschluß auf Trennung beider Organisationen rückgängig zu machen. Drei Monate lang tobte eine wüste Propaganda innerhalb beider Organisationen, bis es zum außerordentlichen Bundestag des Kriegerbundes kam. Der Beschluß ging aber dabei nach hinten, auf die vaterländischen Verbände los.

Die Haltung des Präsidiums, die vom bisherigen dritten Präsidenten Schwarzer, dem Reichstagsabgeordneten der Bayerischen Volkspartei, verteidigt wurde, fand eine übergroße Majorität. Bei der siebenstündigen Debatte kam es zu erregten Auftritten und Beschimpfungen, so daß sich der als Präsident anwesende bayerische Innenminister ein lebendiges Bild von der Enge im weißblauen Nationalistenlager machen konnte. Die Niederlage der Deutschnationalen wurde vollständig durch die Neuwahl des ersten Präsidenten des Kriegerbundes, gewählt wurde General Damer, derselbe Münchener Stadtkommandant, der sich ein gewisses Verdienst bei der Niederschlagung des Hitler-Putschs erworben hat.

## Sozialistenprozeß in Kowno.

Abg. Kedys vor dem Kriegsgericht.

Kowno, 25. Februar.

Vor dem Kriegsgericht begann der Prozeß gegen den früheren sozialdemokratischen Sejmabgeordneten Kedys und 21 Bauern, die beschuldigt sind, eine bewaffnete Bande gebildet und gemeinsam mit ausgewählten Soldaten des 2. Ulanenregiments im September 1927 einen Putsch in Dilly versucht zu haben. Nach dem Mißlingen des Putschs floh Kedys nach Warschau. Laut Darstellung der sozialdemokratischen Presse ist Kedys später von litauischen Spionen an die polnisch-litauische Grenze gelockt und dort noch auf polnischen Gebiet von litauischen Polizisten überfallen und gewaltsam nach Litauen gebracht worden. Die Polizei behauptet, daß er sich freiwillig gestellt habe. Dem Verlauf des Prozesses wird mit größter Spannung entgegengesehen.

# Wie Trozki abgeschoben wurde.

Der Schöpfer der Roten Armee wird hinausgeschmuggelt.

Das Organ des Lenin-Bundes hat aus Rußland über die Ausweisung Trozki folgenden Bericht erhalten:

Leo Trozki erhielt Mitte Januar in Alma-Ata plötzlich den Befehl, sich reisefertig zu machen, da beschlossen sei, ihn auszuweisen. Die Wahl des Aufenthaltes im Ausland sollte ihm überlassen bleiben. Von dieser Ankündigung an wurde über die ganze Familie Hausarrest verhängt. Nach drei Tagen geschah der Abtransport in aller Heimlichkeit. Auf der Bahnstation stand ein Zug mit Sonderwagen für Trozki mit Frau und Sohn bereit, während

der übrige Zug nur noch von GPU-Leuten und polkischen Beauftragten besetzt

war. Die Fahrt ging angeblich nach Moskau. Auf das energische Ersuchen um Angabe des Auslandsreiseziels wurde Trozki erst mitgeteilt, daß ihm nicht gestattet sei, seinen Aufenthaltsort zu wählen, sondern daß er in die Türkei gebracht werde, da sich kein anderes Land bereit erklärt habe, ihn aufzunehmen. (Ein Schwandel — amtlich ist festgestellt, daß keinerlei Anfragen bei den Regierungen Westeuropas eingegangen sind. Die Red.) Auf die kategorische Weigerung Trozki, in die Türkei zu gehen, wurde der Zug etwa 300 bis 400 Werst von Moskau in einem Wald zum Halten gebracht. Er blieb dort 13 Tage liegen. Während der Zeit gingen Telegramme zwischen Moskau und Trozki, bis amtlich erklärt wurde, kein anderes Land als die Türkei wolle Trozki aufnehmen.

Alle Briefe und Telegramme Trozki und seines Sohnes sind kurz vor der Abreise aus Alma-Ata nicht mehr befördert worden. Der Sohn Trozki in Moskau erhielt das Telegramm des Vaters nicht, wie auch der mit nach Alma-Ata verbannte Sohn nicht die Gelegenheit hatte, seine Frau zu benachrichtigen!

Der Weitertransport geschah wieder mit aller Heimlichkeit. Doch gestattete man der Frau des Sohnes und dem jüngeren Sohne Trozki, die Ausgewiesenen nach Odessa zu begleiten. Beide wurden

aber heimlich aus der Wohnung abgeholt, damit keiner Reisefolge und Zweck erfahre.

Die Angst der Regierung und Stalins, die Arbeiterschaft könne von ihren Plänen erfahren,

war offenbar groß. Sie mußten ihren Plan in aller Heimlichkeit ausführen.

Am Abend des 12. Februar kam Trozki mit Frau und Sohn in Konstantinopel an. Er wurde auch dahin so heimlich transportiert wie in Rußland. Es stellte sich nämlich sehr bald heraus, daß die Mitteilung, die Türkei allein wolle Trozki aufnehmen, Schwindel war. Mit der Türkei waren Verhandlungen nicht geführt und für Trozki Aufenthaltsgenehmigung nicht erwirkt. Aber Stalin mußte, daß er sich auf seinen Freund Kemal Pascha verlassen durfte. Ihm konnte er Trozki sozusagen als Schmuggelware bringen. Kemal Pascha und Stalin Arm in Arm gegen die Opposition.

## Die große Säge.

Befehl zur Mandatsniederlegung in Thüringen.

Weimar, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Die Bezirksleitung der KPD, Groß-Thüringen hat die thüringischen kommunistischen Landtagsabgeordneten Tenner, Schulze, Fischer und Frau Winkelmann aufgefordert, ihre Mandate bis zum 27. Februar niederzulegen. Diese Aufforderung erfolgte, weil sich diese Abgeordneten mit den ausgeschlossenen „Parteiern“ Abg. Engert und Tittel solidarisch erklärt und ihnen nach ihrem Ausschluß Aufnahme als Hospitanten in der kommunistischen Landtagsfraktion gewährt haben.

Die betreffenden Abgeordneten dürften dem „Befehl“ ihren Bezirksektion kaum Folge leisten.

# Pariser Konferenzschiff wieder flott

Vollziehung genehmigt Zweiteilungsidee / Unterausschuß für Sachlieferungen

Paris, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkonferenz scheint nunmehr das richtige Geleise für ihre Arbeiten gefunden zu haben. Man hat seit Montag den Eindruck, daß es der Fünferkommission gelungen ist, das Konferenzschiff endgültig flott zu machen.

Die Delegierten hielten am Montag nach zweitägiger Ruhepause eine Vollziehung ab, um den Bericht des Fünferausschusses entgegenzunehmen. Die von ihm vorgeschlagene Zweiteilung der deutschen Zahlungsverpflichtungen in einen geschützten und einen ungeschützten Teil fand im Prinzip eine heftige Zustimmung, ohne daß man allerdings bereits über alle Details der Ausführung „klar“ war. Dabei handelt es sich einseitig um die Frage, wie hoch der geschützte und der ungeschützte Teil sein sollen. Es stellt sich nämlich ganz allgemein die

Frage der Modifikation des gegenwärtigen Zahlungssystems.

Die Höhe des ungeschützten Teils muß natürlich im Rahmen der Devisenmenge liegen, die von der deutschen Wirtschaft ohne Schaden aufgebracht werden kann. Bei dem geschützten Teil ist von besonderer Wichtigkeit die Frage der Kompetenz des in Aussicht genommenen Aufsichtsrates, der als eine Art Beratungs-

stelle gedacht ist, wie er in England bei der Sanierung von industriellen Unternehmen bestellt zu werden pflegt. Die Deutschen traten für eine möglichst weite Machtvollkommenheit dieser Kommission ein und wiesen darauf hin, daß auch in den alliierten Schuldenabkommen mit Amerika bereits die automatische Aussetzung der Zahlungen auf die Dauer von zwei Jahren wegen Transfereschwierigkeiten vorgesehen ist. Der Fünferausschuß wird die hier angeschnittene Frage noch eingehend zu prüfen haben. Es wurde weiter die Einsetzung einer

Unterkommission für die Sachlieferungen

beschlossen. Ihr werden unter dem Vorsitz des Amerikaners Pottinger Mitglieder aller Delegationen, von den Deutschen Bogner, angehören. Endlich wird die Konferenz sich an die Frage der Kommerzialisierung der deutschen Schuld, deren Möglichkeit ja für den ungeschützten Teil besteht, heranwagen, und zwar zunächst in der Form eines unverbindlichen Meinungswechsels, da hierzu erst Sondierungen, namentlich bei den Vertretern der amerikanischen Großfinanz, vorgenommen werden müssen. Eine Vollziehung soll deshalb in den nächsten zwei Tagen nicht stattfinden. Die Delegierten haben wieder genug Arbeit. Die nächste Vollziehung wird vom Präsidenten einberufen werden.

## Industrie bezahlt Heimwehraufmarsch.

Sonntag in Wien ruhig verlaufen.

Wien, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Die Aufmärsche der Heimwehrorganisationen und des Republikanischen Schutzbundes sind in voller Ruhe verlaufen. Der Schutzbund stellte rund 20 000 auf die Beine und hielt außerdem noch 6000 in Bereitschaft. Den Ordnungsdienst versehen 6000 Mann in Zivil. Der eindrucksvolle Zug bewegte sich vom Parteihaus durch die Mariahilfer Straße am Denkmal der Republik vorbei, wo die Mitglieder des Parteivorstandes, des freien Gewerkschaftsbundes und Vertreter ausländischer Parteien Ausstellung genommen hatten. Am Rathausplatz erfolgte die Auflösung. Der Vorbeimarsch dauerte insgesamt 80 Minuten.

Die Heimwehr brachte nach genauer Zählung nicht mehr als 3200 Mann auf die Beine. Auf dem Marsch wurden die Heimwehrleute wiederholt von Arbeitern mit Pfeifensalvaden bedacht. Die Auflösung des Heimwehrezuges erfolgte auf dem Schillerplatz, wo den auswärtigen Teilnehmern nach übereinstimmenden Feststellungen verhältnismäßig hohe Geldbeträge ausgezahlt wurden.

## Das Ergebnis.

Wien, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Ein Aufruf des Sozialdemokratischen Parteivorstandes stellt fest, daß die angekündigte Eroberung Wiens durch die Heimwehr mit einem kläglichen Mißerfolg geendet habe. Wörtlich heißt es dann:

„Von der Polizei eskortiert, von Juristen aus Häusern begleitet, mußten sie durch leere Straßen marschieren. Ein paar hundert Kommunisten haben diesen Tag benützt, durch Geschrei und Radau ihre Bedeutungslosigkeit zu erweisen. Die Arbeiterschaft hat unberührt davon in altgewohnter Disziplin und Besonnenheit sich streng an die Befehle der Vertrauensmänner gehalten und dafür spricht der Parteivorstand seinen besonderen Dank aus.“

## Engländer verlassen Afghanistan.

Um der Anarchie zu entgehen.

London, 25. Februar. (Müßlicher Britischer Funddienst.)

Die Zurückziehung des britischen Gefolgespersonals aus Kabul, das bereits in Peshawar eingetroffen ist, bedeutet nicht eine Aenderungen der Politik Großbritanniens gegenüber

Afghanistan; diese bleibe weiter streng neutral und werde sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans auch weiterhin nicht einmischen. Eine Aufrechterhaltung der diplomatischen Vertretung Großbritanniens in Afghanistan wäre ohne jede Bedeutung, da es zurzeit in diesem Lande keine allgemein anerkannte Regierung gebe und die britischen Staatsangehörigen ebenso wie die Angehörigen anderer Staaten, soweit sie den Wunsch hätten, Afghanistan zu verlassen, wohlbehaltener abbeurlaubt worden seien. In Uebereinstimmung mit der neutralen Haltung Großbritanniens werde nunmehr auch das Personal der britischen Konsulate aus Kandahar und Djellalabad zurückgezogen. Acht Reichsdeutschen in Kabul, möglicherweise früheren Angestellten in afghanischen Diensten, ist die Erlaubnis zur Ausreise verweigert worden. 18 anderen Reichsdeutschen in Kabul, die Ausreisegenehmigung haben, hat der englische Gesandte erklärt, sie könnten mit Flugzeugen nicht abbeurlaubt werden, da solche nicht zur Verfügung stehen. Daraus scheint sich folgende englische Erklärung zu beziehen:

London, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Deutschland ist nach einer halbsozialistischen Mitteilung nunmehr das einzige europäische Land, dessen Vertreter in Kabul verblieben sind. In dieser Mitteilung heißt es wörtlich, daß „den Deutschen jede Gelegenheit geboten worden ist, Kabul gleichzeitig mit den Vertretern der anderen Nationen, Briten, Franzosen und Italiener, zu verlassen. Sie wurden von dem Zeitpunkt der Evakuierung benachrichtigt; da sie ihn jedoch versäumt oder außerstande waren, ihre persönlichen Vorkehrungen rechtzeitig zu treffen, erwies es sich als unmöglich, die Evakuierung noch länger zu verzögern. Argendwem persönliche Gefahr besteht für niemand. Da Deutschland zu Rußland diplomatische Beziehungen aufrecht erhält, können die Deutschen von den Russen ebenso wie deren eigene Landdeute abtransportiert werden.“

## Bestrafter Hitler-Held.

6 Monate für Beschämung einer Synagoge.

Vor dem erweiterten Schöffengericht wurde der 20-jährige Nationalsozialist Friedrich Bräsecker wegen Sachbeschädigung an einem Gotteshaus und Bereuhens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Bräsecker war beschuldigt, vor einigen Monaten an der Düsseldorf-Synagoge mit Kennzeichnung antisemitische Aufschriften aufreißenden Charakters angebracht zu haben, und das Gericht kam zu dem Erkenntnis, daß er durch Fingerabdrücke der Tat überführt sei.



# Fememord vor Gericht.

Der Fememörder Heines wird vernommen.

Stettin, 25. Februar.

Die Personalvernehmung ergab u. a., daß der Angeklagte Krüger inzwischen wegen eines in der Gegend von Stendal verübten Mordes rechtskräftig verurteilt worden ist.

Der Hauptangeklagte Heines, der aus München stammt und zuletzt Jura studierte, gab zunächst einen kurzen Abriss seines Werdeganges. Dann äußerte sich Heines zu der zur Verhandlung stehenden Tat selbst. Willi Schmidt, der später Getötete, habe ganz plötzlich auf dem Gute Stettin die Arbeit verweigert und sei, wie man durch Beobachtungen festgestellt habe, nach Greifenhagen gegangen, wo er verdächtige Aeußerungen gemacht habe, wie, er wolle nach nicht, ob er die Organisation und die Waffenlager an die Entente oder an die Kommunisten verraten solle. Unter diesen Umständen habe er, Heines, als Schmidt eines Tages wieder im Dorf erschienen, auf Grund seiner allgemeinen Anweisungen ihn festnehmen müssen. Seine Vernehmung hätte durch den statmöglichen Feldwebel Just erfolgen müssen, der sein Bureau in Greifenhagen hatte, und der die Meldung über die verhänglichen Aeußerungen Schmidts erstattet hatte.

Der Angeklagte schilderte dann, wie die Verhaftung des Schmidt im Hause des Ehepaars Walter in Stettin, mit dessen Tochter der ehemalige Rohrbacher verkehrt, unter Mitwirkung Ottows und Krügers vor sich ging, während Bandemer den vom Gut für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Inspektor führte. Zunächst brachte man den Festgenommenen in das Rohrbacher Quartier nach Stettin, wo ihm Ottow mit dem Totschläger über den Kopf schlug, so daß er eine starkblutende Wunde davontrug, die Heines mit einem Stück Bettlaken verbinden ließ. Dann fuhr man weiter nach dem Gut Rosenfelde.

Die Anklage behauptet, daß Heines hier mit dem Administrator Bergfeld eine geeignete Stelle im Walde besprochen und von dem Verwalter zur Beseitigung des Schmidt auch Spaten erhalten habe. Heines bestritt das auch in diesem Prozeß wieder ganz entschieden. Wenn man sich von Rosenfelde den Unteroffizier Bogt und einen anderen Mann mit Spaten zu der anschließenden Fahrt in den Wald mitgenommen habe, so hätte sich das nur darum gehandelt, daß in dieser Nacht eingegrabene Waffen hätten umgehoben werden sollen.

Bogt: Bogt sagt aber, als man gerade dabei gewesen sei, im Walde bei Rosenfelde nachts die Grube auszuheben, hätten Sie gedroht, daß es hier nicht gehe, weil man den Schuß im Dorfe hören könne.

Angekl.: Nein, diese Darstellung ist nicht richtig. Wir fahren weiter, weil ich mich, wie gesagt, entschlossen hatte, Schmidt in Wehenow zu lassen. Hier erst entschloß ich mich doch nach der Hölzerlei in Marienthal zu fahren.

Zu diesem Wege durch den Wehenomer Forst nahm Heines, wie er weiter befandte, außer Ottow auch noch Bär und Fräbel zur Bewachung Schmidts mit, ohne daß er allerdings eine Erklärung dafür geben konnte, daß diese beiden Rohrbacher sich ebenfalls mit Schaufeln versehen hatten. Unterwegs habe Schmidt ihn, Heines, als er an der Spitze ging und die anderen etwas zurückgeblieben waren, einen Stoß gegeben, so daß er annehmen mußte, daß der Verdräht die Flucht ergreifen wollte. Darauf habe er sofort die Pistole gezogen und auf Schmidt ein oder mehrere Male gefeuert.

Trotz aller Einwendungen und Vorhalte des Vorsitzenden, daß seine Mitangeklagten in der Vorunternehmung eine andere Darstellung gegeben und insbesondere erklärt hätten, Heines habe auf den ganz ruhig auf einer Waldlichtung stehenden Schmidt aus nächster Nähe geschossen, blieb der Angeklagte bei seinen Befundungen. Heines betonte ferner, daß er Oberleutnant Rohrbach erst etwas später von dem Vorfall teilhaftig gemacht habe. Ueber die nachträgliche Umbettung der Leiche des Schmidt verweigerte er die Aussage, und zwar, wie er sagte, um andere Kameraden zu schonen. Auf alle Vorhalte der Vorsitzenden, daß verschiedene seiner Kameraden ganz andere Befundungen über seine eigene Schilderung des Herganges der Tat gemacht hätten, und zwar mehr im Sinne der Anklage, erklärte Heines, daß diese Darstellungen unrichtig seien. Sie beruhten wahrscheinlich auf falschen Gerüchten. — Um 8 Uhr abends wurde die Verhandlung auf den heutigen Dienstagvormittag 10 Uhr vertagt.

# Der blutige Cordes.

Neue Dehrede eines freigesprochenen Landbundesführers.

Hannover, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Der Führer des Hannoverischen Landbundes, Cordes, hielt in einer Kreislandbundesversammlung in Verden — offenbar ermutigt durch die vielen Sympathiebeweise der deutschen Lustig für die Rechtsradikalen — eine neue Dehrede. Cordes erklärte u. a., der deutsche Bauer werde für Heim, Herd und Scholle sich aufopfern, wenn der Ruf an ihn ergehen sollte, „mit Blut und Eisen, mit Feuer und Schwert“ für Stand und Vaterland einzutreten.

# Ausfall zur Landwirtschaftswoche.

Freiherr von Lüninck schimpft. — Die Regierungsvertreter verlassen den Saal.

Königsberg, 25. Februar.

Bei Eröffnung der Ostpreussischen Landwirtschaftswoche in Königsberg machte Freiherr v. Lüninck-Bonn, Präsident der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz u. a. folgende Ausführungen:

„Wir leben in Deutschland beinahe ausschließlich im freiesten Lande der Welt. Die Regierung hat Arbeit, Freiheit und Brot versprochen. Es ist naheliegend, mit Hoch und Spott zu sprechen. Die Zeit ist aber zu ernst dazu. Tatsächlich leben wir in dem unfreiesten Lande der Welt. Das Maß der Unfreiheit kann nur noch mit dem eines halbprivilegierten Staates verglichen werden.“

Nach diesen Ausführungen des Freiherrn v. Lüninck verließen der Vertreter des Oberpräsidenten, Vizepräsident beim Oberpräsidium, Dr. Steinhoff, und Regierungsrat Doebereiner die Ostpreussische Landwirtschaftswoche.

Die Veranstalter suchen nun, sich auf ein Mißverständnis hinauszuwirken, v. Lüninck habe tatsächlich nicht die Regierung verlegen wollen.

Dankagung. Die Witwe der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Alwin Saenger, Frau Armgard Saenger, bittet uns um Veröffentlichung folgender Dankagung: „Aus Anlaß des Ablebens meines Lebensgefährten Alwin Saenger sind mir aus allen Kreisen und aus allen Teilen Deutschlands so viele herzliche Beileidskundgebungen zugegangen, daß ich mich leider außerstande sehe, jedem persönlich zu danken. Ich darf deshalb bitten, auf diesem Wege meinen tiefgefühltesten Dank entgegenzunehmen zu wollen.“

Die Verträge Papst-Italien werden in der Karwoche ähnlichen Kardinalen erläutert werden; sie werden zum Konsistorium in Rom zusammengetreten.

# Friedenspakte werden im Himmel geschlossen...



... und Kriegsbündnispakete auf Erden!

# Keine Verbesserung der Volksgefundheit.

Dafür Arzneiwucher. — Beratung des Wohlfahrtsrats im Landtag.

Im Preussischen Landtag begann die 2. Lesung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt mit dem Abschnitt Volksgefundheit. Nach Ausführungen des Berichterstatters Abg. Dr. Stemmler (3.) erhielt das Wort

Abg. Dr. Chajes (Soz.):

Die Auffassung, daß das Menschenleben das kostbarste Material ist, das einem Staat zur Verfügung steht, steht im Gegensatz zu den ständigen Klagen der Rechtsparteien über die Höhe der sozialen Lasten. Aber auch der Wohlfahrtsrat erfüllt nach dieser Richtung hin nicht unsere Erwartungen. Die Steigerung der im ganzen Wohlfahrtsrat für die Volksgefundheit eingesetzten Ausgaben von 10,2 auf 11,7 Millionen ist viel zu gering, als daß sie bei der durch die verschiedensten Ursachen verursachten schlechten gesundheitlichen Lage unseres Volkes Hilfe bringen könnte.

Es wäre ein Trugschluß, von einer Besserung der Volksgefundheit zu sprechen.

In Deutschland gibt es noch immer rund 300000 offene Tuberkulose, d. h. von solchen Kranken, die sich im ansteckenden Stadium befinden. Unter 64000 ansteckenden Tuberkulösen hatten allein 10000 keine eigene Lagerstätte. Solche Zustände müssen sich katastrophal auswirken, wenn nicht von Staats wegen durchgegriffen wird. Doch in einem ausgesprochenen Hungergebiet wie Waldenburg die gesundheitlichen Zustände schlecht sind, bedarf keiner weiteren Erörterung. Aber auch in anderen Gebieten des Reichs sieht es nicht viel besser aus.

Weiter ist bisher auch alles veräußert worden, um die miserable Stellung des Arztstandes zu heben. Wir wünschen mehr Initiative von Seiten Preußens. Die allgemeine Verelendung des Arztstandes bedeutet eine Gefährdung der Volksgefundheit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch das Versteckammergesetz bedarf dringend der Abänderung.

Die Heberlastung der Sozialbeamten.

Es sind geradezu unglaubliche Zustände, wenn Charlottenburg mit über 400000 Einwohnern nur einen Kreisarzt, Essen mit 500000 ebenfalls nur einen Kreisarzt und Frankfurt a. M. mit über 600000 Einwohnern nur zwei Kreisärzte hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Für die geforderte vorgeschriebene Besichtigung resp. Untersuchung der im Jahre 1928 in den Groß-Berliner Krematorien eingeleiteten Leichen standen insgesamt nur sechs Gerichtsärzte zur Verfügung. Es ist ganz unmöglich, daß bei dieser Heberlastung die Besichtigungen so vorgenommen werden können, wie sie das Gesetz vorschreibt. Aber auch das Krankenpflegepersonal hat unter überlanger Arbeitszeit zu leiden. Die technischen Assistenten sind besser zu bezahlen und auf ihre Ausbildung, namentlich in den Universitätslaboratorien, mehr Wert zu legen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln ist eine Angelegenheit, der das Ministerium unbedingt mehr Sorgfalt zuzuwenden muß als bisher.

Erstreckt man sich im Ausschuss unser Antrag auf Einrichtung einer staatlichen Stelle zur Prüfung der Reklamanten annehmen. Man macht den Krankenkassen in Bezug auf Zulassung von Arzneimitteln vielfach zu Unrecht den Vorwurf des nicht immer sachgemäßen Vorgehens. Aber auch auf die Preisgestaltung der Sera, insbesondere des Diphtherieserums sollte das Ministerium weit mehr Einfluss nehmen. Die Preise sind 1924 behärdlich festgesetzt worden und sie sind bis 1928 unvariert geblieben, obwohl bereits im März 1924 von einer Fabrik beim Reichsgesundheitsamt der Antrag gestellt wurde, die Preise erheblich zu ermäßigen. Die Staatsregierung hat davon Kenntnis erhalten und auch fortgesetzt darüber verhandelt. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Ministerium kann sich also nicht damit herausreden, daß es davon nichts gewußt hätte.

Erst nachdem eine Fabrik den Preis um 40 Proz. herabsetzte und sich gleichzeitig verpflichtete, diesen Preis fünf Jahre lang zu halten, gingen die anderen im Ring befindlichen Fabrikanten zu einer Preislenkung über.

Ohne sich zu verpflichten, den ermäßigten Preis fünf Jahre lang zu halten, ist es ihr Bestreben, die mit der Preisermäßigung vorangegangene Fabrik im Konkurrenzkampf kaputt zu machen, um dann die Preise wieder zu steigern. Es ist ganz unmöglich, daß in einer solchen Situation das Wohlfahrtsministerium untätig zusehen kann, wie hier ganz offenkundig Wunder auf Kosten der schwerkranken Bevölkerung getrieben wird. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Eine Apotheken- und Arzneimittelreform hat der Minister von Preußen aus angekündigt, falls das Reich nicht von sich aus vorgehen sollte. Wir begrüßen das und sagen dem Minister nach dieser Richtung hin jede Unterstützung zu.

Besonders wichtig ist uns

der Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen.

Eine Statistik des Hauptverbandes der Krankenkassen gibt an, daß an 15 Proz. der Schwangeren vier bis sechs Wochen vor der Entbindung die Arbeit niederlegten und Wochenlohn bezogen, 24 Proz. vier Wochen die Arbeit aussetzen und über 60 Proz. auch in den letzten vier Wochen vor der Entbindung weiterarbeiten. Der Minister sollte unseren im Ausschuss angenommenen Antrag unterstützen, daß seitens Preußens die Mindesthöhe des Wochenlohns und der Schwangerenunterstützung ausreichend erhöht werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es gibt also eine Unmenge von Aufgaben zu lösen. Bei dem Widerstand der Interessenten dürfte das auch manchmal Mut erfordern. Wir wünschen deshalb dem Ministerium ein festes Rückgrat. Wir wissen, daß der Gesundheitszustand eines Volkes in der Hauptsache abhängig ist von der Wirtschaftsfrage, aber im Rahmen des Möglichen muß jedenfalls alles getan werden, um den Gesundheitszustand des Volkes, den man mit Recht als das kostbarste Gut bezeichnet, gehoben wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtfelder:

Ganz allgemein hat sich der Gesundheitszustand der preussischen Bevölkerung 1928 gebessert.

Gemeingefährliche Krankheiten wie Ausfall, Cholera und Pest sind nicht mehr aufgetreten, Waden und Lymphus weiter zurückgegangen. Dagegen sind bedauerlicherweise die Fälle von Kindbettfieber mit anschließenden Todesfällen nach Fehlgeburten noch recht hoch. Wenn sie von 1927 zu 1928 von 621 auf 743 gestiegen sind, so sollen diese Zahlen eine Warnung sein, für diejenigen, die die Abtreibung der Reibesfrucht befürworten. (Sehr wahr! im Zentrum. — Lebhafter Widerspruch links.) Jedenfalls geht die Zahl der Fehlgeburten heute schon hoch in die Hunderttausende. An Diphtherie und Scharlach haben die Erkrankungen leider zugenommen; doch ist beim Scharlach die Zahl der Todesfälle zurückgegangen. Die epidemische Kinderlähmung ist im Wachsen. Dagegen hat sich die Grippe in Preußen stärker verbreitet, ohne jedoch den bösartigen Charakter anzunehmen wie in Amerika. Sofort nach ihrem Auftreten sind gemeinverständliche Maßregeln dagegen veröffentlicht worden.

Die Zahl der Tuberkulose-Erkrankungen ist ebenfalls gesunken. Gegenüber dem Abgeordneten Chajes betone ich, daß keine Absicht besteht, Medizinalbeamte abzubauen. Es sollen nach Möglichkeit neue eingestellt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Ärzte bessern sich allmählich, aber stetig. Bedauerlicherweise hat die Kurpfuscherei wieder zugenommen. Es wird zu prüfen sein, ob nicht neue gesetzliche Maßnahmen dagegen durchzuführen sind.

Die Säuglingssterblichkeit ist zurückgegangen. Nur noch ein Sechstel der preussischen Schulkinder sind ohne schulärztliche Versorgung. Auch das Land muß Ärzte und Apotheker in erreichbarer Nähe haben. Zu diesem Zweck ist im vorliegenden Etat der Fonds dafür erhöht worden.

Die Sterblichkeit ist seit 1927 wieder gestiegen, was auf die Grippeepidemie zurückzuführen ist.

Man kann annehmen, daß sie 1928 wieder etwas zurückgegangen ist. Bedenklich ist der weitere Rückgang der Geburtenzahl von 2,3 Geburten auf 1000 Personen im Jahre 1928 auf 1,904 im Jahre 1927. Dabei hat es den Anschein, daß sich dieser Rückgang noch weiter fortsetzt. Die Stadt Berlin hat sogar 1927 zum erstenmal einen Geburtenunterschub, ebenso wie Frankfurt a. M. und Aachen usw. Der einmal begonnene Abstieg der Geburtenziffer ist häufig der Anfang vom Ende eines Volkes. Es muß alles getan werden, um diese drohende Gefahr abzuwehren.

Abg. Dr. Weller (3.) gedenkt des verstorbenen katholischen Priesters Sonnenstein, der die katholische Caritas in Berlin zum Siege geführt hat. Das Zentrum sei immer Wegbereiterin der Sozialgesetzgebung gewesen. Soziale Lasten wären für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Teil des Lohnes. Bei Unterbrechung der Schwangerschaft dürfe die Arztlosigkeit sich nur von ärztlichen Gründen leiten lassen. Das bevölkerungspolitische Kernproblem müßte zuerst von der ethischen, dann von der wirtschaftlichen Seite betrachtet werden.

Abg. Dr. Boehm (D. Sp.) ist der Auffassung, daß die Medizinalbeamten eine Auslese unter den Ärzten sein sollten. Das sei nicht der Fall, solange bei der Auswahl das Mitgliedsbuch entscheidend ist. Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wolle in seinen Funktionen revidiert werden. In der Abtreibungsfrage sei seine Partei für eine milde und rücksichtsvolle Behandlung dieser Angelegenheit.

Abg. Behrmann-Rathenow (Komm.) beschuldigt die Sozialdemokraten, daß sie als willige Lokalen der Bourgeoisie die sozialen Rechte der Arbeiter immer mehr bekämpfen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Chajes, der sich gegen die Ausführungen des Ministers in Bezug auf den Abbau von Sozialbeamten wendet, verläßt sich das Haus zur Weiterberatung des Wohlfahrtsrats auf Dienstag, den 26. Februar, 12 Uhr.



# Nus der Unternehmerzentrale.

## Auf der Materialsuche gegen die Sozialgesetze.

Das Unternehmertum setzt alles daran, um den sozialpolitischen Kurs zurückzudrehen und die bestehenden Sozialversicherungsgeetze, von der Krankenkassenversicherung bis zur Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin, Burggrafenstraße 11, hat ihre Mitglieder wiederholt ersucht, den Fragen der praktischen Durchführung der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Vor wenigen Tagen hat sie ihre Verbände erneut eindringlich gemahnt. Nur an Ort und Stelle bestes die Möglichkeit, praktischen Einblick in die Auswirkung der Sozialversicherungsgeetze an Hand konkreter Einzelfälle zu gewinnen. Derartige Einzelmaterial bilde die unentbehrliche Grundlage für die erfolgreiche Vertretung von Abänderungsvorschlägen gesetzlicher Art, die die Vereinigung der Regierung und dem Parlament gegenüber verfolgt.

Als besondere Veranlassung zu dem erneuten Vorgehen wird erwähnt, daß einmal die Regierung beabsichtigt, dem Reichstag in absehbarer Zeit einen Entwurf zur Abänderung des zweiten Gebietes der Reichsversicherungsordnung vorzulegen, dessen Beratung die bedeutsame Frage der Revision des derzeitigen Rechts unserer Krankenkassenversicherung aufrollen wird.

Auf den anderen Gebieten der Sozialversicherung sei im Reichstag bereits verhandelt worden: und zwar teilweise über die finanzielle Lage der Versicherungseinrichtungen, zum Teil auch über die Möglichkeit weiterer Abänderungen des materiellen Rechts. Das Problem einer Reform, insbesondere auch der Angestellten- und Invalidenversicherung sei damit erneut in parlamentarischen Kreisen der Erörterung näher gebracht worden.

Die versicherungstechnische Grundlage der Reichsanstalt für Arbeitsermittlung sei erschüttert und damit die Frage dringlich geworden, inwieweit eine grundlegende Revision dieses Gesetzes erforderlich werde, insbesondere nach der Seite der Nachprüfung des Umfanges der persönlichen Anwartschaften, zur Abstellung der bekannten Mängel (1) und zur Verminderung unberechtigter Leistungsausgaben.

In absehbarer Zeit siehe das Unternehmertum der Regierung und dem Parlament gegenüber vor entscheidenden Verhandlungen auf dem gesamtwirtschaftlich, sozial und politisch bedeutsamen Gebiet der Sozialversicherung. Hierzu habe man in sorgfältiger Vorbereitung innerhalb einer besonderen Kommission der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bereits Reformvorschläge ausgearbeitet. (Zu deren Begründung man erst Material suchen muß!)

Eine erfolgsversprechende Arbeit für das Unternehmertum sei der Vereinigung aber nur dann möglich,

„wenn wir in der Lage sind, durch tägliche Pressetätigkeit der gesamten deutschen Öffentlichkeit an Hand ganz konkreter Beispiele aus der Praxis nachzuweisen, zu wem unhaltbaren Verhältnissen der gegenwärtige Stand unserer Sozialversicherungsgegebung führen muß, und daß demnach die Durchführung der von uns geltend gemachten Reformvorschläge eine unbedingte Notwendigkeit vom Standpunkt einer gesunden Sozialpolitik (Wie die Vereinigung der Arbeitgeberverbände sie aufstellt! D. R.), aber auch nicht zuletzt vom Standpunkt der Erhaltung der Arbeitsmoral unserer deutschen Arbeitnehmerschaft ist.“

Was so das Unternehmertum unter „Arbeitsmoral“ versteht! „Durch Nachforschung und andere geeignete Maßnahmen“ müßten sich die örtlichen Verbände in den Besitz „derartigen praktischen Materials“ setzen, um nicht in der Zentrale wie bisher zum Teil mit großen Mühen aus der Tages- und Fachpresse derartige Material zusammenzufinden zu müssen.

Die Mitgliedsverbände werden zum Schluß nochmals dringend gebeten, sich mit aller Intensität der Pläne der Vereinigung zu widmen und ihr fortlaufend praktische Einzelfälle über die von ihnen beobachteten Auswirkungen der Sozialversicherungsgegebung einschließlich der Arbeitslosenversicherung (insbesondere erkannte oder erfahrene Mißbrauchsfälle) mitzuteilen.

Die Gewerkschaften wie die Vertreter der Arbeitnehmererschaft im Parlament werden den Produkten des besonderen Referats der Vereinigung der Unternehmerverbände die gebührende Aufmerksamkeit widmen und die Maulwurfsarbeit der Unternehmerrindbil in der Sozialversicherung unschädlich machen.

## Wiedererstandenes Schlichtungssystem.

### Die Lehre des Textilkonflikts.

Die Schiedsprüche in der Textilindustrie, die wir bereits in ihrem wesentlichen Inhalt veröffentlicht haben, die teils offenen teils aufgehobenen Konflikte für 200 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beendet. Ihre Bedeutung liegt vor allem aber darin, wie diese Konflikte beendet worden sind.

Man wird sich erinnern, daß der Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie zu Beginn des Vorjahres den Zeitpunkt für gekommen hielt zum Angriff überzugehen, d. h. nicht allein die Forderungen auf Erhöhung der Löhne abzustopfen, sondern auch Herabsetzungen der Löhne vorzunehmen. Die Textilherrn, die an der Spitze der Preisstreiber der deutschen Roh- und Halbfabrikatindustrie stehen, die die Nationalisierung zu verstehen, daß sie den Arbeiter zwingen, statt eine mehrere Maschinen zu bedienen, diese Textilherrn waren der Meinung, daß mit der aufsteigenden Verschlechterung der Konjunktur die Löhne abzusinken hätten. Denn nach der Logik der führenden Köpfe der Textilindustriellen würden die großen Massen der Verbraucher erst dann mehr kaufen können, wenn ihre Kaufkraft noch mehr beschnitten wird.

Diesem genialen Feldzug gegen die Kaufkraft der schlechtbezahlten Textilarbeiter stand das amtliche Schlichtungswesen im Wege. Die Lohnerhöhungen, die durch Schiedspruch festgelegt wurden, waren zwar recht bescheiden, aber es waren immerhin Erhöhungen und nicht Herabsetzungen. Es wurden aber auch Schiedsprüche gefällt, wo die Erhöhungen zu geringfügig waren, um es den Arbeitern lohnend erscheinen zu lassen, die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen, während umgekehrt die Unternehmer der Meinung waren, schon „grundsätzlich“ jede Lohnerhöhung ablehnen zu müssen. So blieben schließlich die Verträge für 200 000 Arbeiter in der Schwebe.

Inzwischen hatten die Ruhrherrscher die große Schlacht gegen das Schlichtungswesen geliefert, vor der Definitivität und praktisch verloren, vor der Justiz und theoretisch gewonnen. Darüber hinaus aber hatte das bekannte Urteil des Reichsarbeitsgerichts das Schlichtungswesen „vernichtet“. So wenigstens meinten triumphierend die Rechtsberater der Unternehmer, und auch im Arbeiterlager gab es Stimmen, die die Dinge ziemlich schwarz sahen.

Die Textilindustriellen hatten also freie Bahn. Die Arbeiterschaft befand sich infolge des Konjunkturabstiegs in der Defensive. Nun konnten die Unternehmer den Arbeitern zeigen, was eine Härte ist.

Es sah auch so aus, als sollte es zu einem Großkampf kommen: Streik und Ausperrung in den sächsisch-thüringischen Webereien, Ausperrung in der Riederlauffler Tuchindustrie, Lohnkürzung und also unvermeidlich Kampf im Rheinland. Doch siehe da, kaum hatten die Unternehmer die Möglichkeit den Rachweis zu führen, daß ohne Schlichtung und „Zwangsschiedsprüche“ alles viel besser gehen würde in unserer Wirtschaft, als ihnen gar nicht mehr wohl zu Mute war. Und so kam plötzlich aus heiterem Ausperrungshimmel der Unternehmervorschlag, alle Konflikte durch Schlichtung und Zwangsschiedspruch zu beenden. Um das Gesicht etwas wenigstens zu wahren, schlugen die Unternehmer nicht ein amtliches, sondern ein außeramtliches Schlichtungsverfahren vor, dessen Schiedsprüche aber von vornherein Zwangsschiedsprüche sein sollten.

Das Reichsarbeitsgericht hatte erklärt, daß es unstatthaft sei, wenn der unparteiische Schlichter allein einen Schiedspruch fällte. Ueber diese Weisheit haben die Unternehmerrindbil wahre Jubelstürmen angestimmt. Und was schlugen die Textilherrn nun vor? Die unparteiischen Schlichter allein sollten das Schiedsgericht bilden, die Parteirepräsentanten sollten überhaupt ausgeschlossen werden! Worauf die Unternehmer auch noch die Gegenanschläge der Gewerkschaften annahm, die darauf hinausliefen, das amtliche Schlichtungsverfahren wieder einzuführen.

Obwohl nach der Vereinbarung zwischen den Parteien das letzte Wort der Reichsarbeitsminister haben sollte, sind sämtliche 21 Schiedsprüche einstimmig gefällt worden. Man kann aus diesen Tatsachen ersehen, ob das Urteil des Reichsarbeitsgerichts den Unternehmern wirklich so willkommen ist.

## Betriebsräte-Wahlhumbug der RPD.

### Das Echo aus dem Wernerwerk.

Ein Metallarbeiter schreibt uns:

Die Arbeiter des größten Werks der Siemens-Werke, des Werner-Werks, besaßen sich in einer stark überfüllten Mitgliederversammlung der freien Gewerkschaften mit der Betriebsratswahl. Die Rostowitzer hatten alle Anstrengungen gemacht, um ihre An-

hänger zur Versammlung zu bringen. Das Flugblatt, das die Kommunisten verbreiteten, strotzte voll Verleumdungen gegen die legitime Betriebsvertretung. Man sprach von „Handlangern der Direktion“, „Gewaltregiment“ usw. und endete mit dem Satz: „Revolutionärer Betriebsrat und Arbeitervertreter oder wirtschaftsfriedlicher Betriebsrat und Hilfsorgan des Unternehmers. Heraus zum Kampf für revolutionäre Betriebsrat!“

Die Vertrauensleute der Werner-Werke hatten schon vorher gemäß den Verbandsbeschlüssen der Metallarbeiter zur Aufstellung der Kandidaten Stellung genommen. Die von ihnen aufgestellte Liste wurde der Mitgliederversammlung präsentiert. Die wildgewordenen Spielbürger Rostows „protestierten“:

1. gegen die Art der Aufstellung; 2. gegen die Zusammenfassung der Liste.

Sie mußten sich aber fügen lassen, daß ihre Methode zu potentiieren falsch ist. Man wies dem Führer der Opposition, Fischer, nach, daß er wohl verstände, Opposition in Versammlungen zu machen, daß aber gerade er mit den Zuständen bei Siemens zufrieden ist. Die Versammlung brach darüber in ein helles Gelächter aus. Ein Antrag in Zukunft die Kandidaten in den einzelnen Obermeisterversammlungen aufzustellen, wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen. Ein Antrag der Rostow verlangte Aufstellung einer paritätischen Liste. Nach längeren Debatten wurde ein Schlußantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Gegen die aufgestellten Kandidaten hatte kein Redner gesprochen. Mit der gleichen Mehrheit wurde auch die aufgestellte Kandidatenliste von den Mitgliedern bestätigt. Darauf erklärte der Führer der RPD-Fraktion im Namen seiner Fraktionsgenossen, daß sie unter diesen Umständen nicht kandidieren.

Nun steht der Durchführung der Richtlinien der „Parteiarbeiterkonferenz“, „Unorganisierte, Christliche, Gelbe, Hirsch-Dunkerische und Kommunisten auf eine Liste zu setzen und zu wählen, nichts mehr im Wege.

## Gemeinde- und Staatsarbeiter marschieren!

### 38000 Verbandsmitglieder in Berlin.

Ueber eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter konnte der erste Bevollmächtigte dieser Organisation, Genosse Schaum, in der Generalversammlung am Freitag im Gewerkschaftshaus berichten. Zu Beginn des Vorjahres zählte die Organisation in Berlin 31 058 Mitglieder, am Schluß des Jahres jedoch 38 055; ein Zuwachs von 7000 oder von 22 Proz. binnen eines Jahres. Genosse Schaum zeigte in seinem kurzen Rückblick auf die vielen Lohn- und Manteltarifbewegungen, daß die Organisation auch zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder ihr möglichstes getan hat. Wenn auch die Forderungen der Arbeiter nicht voll durchgesetzt werden konnten, so sind doch die Erfolge der Organisation nicht gering anzuschlagen.

Die Frage der Verschmelzung mit dem Verkehrsband ist im Vorjahre nicht weiter gekommen, neuerdings aber wieder in den Vordergrund getreten. Nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen ist anzunehmen, daß sich im Laufe dieses Jahres, spätestens jedoch in den ersten Monaten des nächsten Jahres, die Verschmelzung beider Verbände vollziehen wird. Mit der Aufforderung an die Delegierten, mit dem gleichen Feuerifer wie im Vorjahre weiter rege für die Organisation zu werben, schloß Genosse Schaum seinen Geschäftsbericht.

Der Kassierer, Genosse Zietemann, erläuterte dann im einzelnen den im gedruckten Geschäftsbericht enthaltenen Kassenbericht, der eine Erhöhung des Lokalfondsbestandes von 232 731,44 M. auf 362 963,05 M., also um 130 231,61 M. ausweist.

Für die anschließenden Neuwahlen der beabsichtigten und unbesoldeten Mitglieder der Ortsverwaltung, der Revisoren, der Bibliothekskommission und der Bureauangestellten verlangte die „Opposition“ Urwahl, oder aber die Wahl von drei Kommunisten als unbesoldete Ortsverwaltungsmitglieder. Die kommunistischen Anträge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt; und die von der erweiterten Verwaltung vorgeschlagenen Kandidaten gewählt. Nach Ablehnung einiger kommunistischer Demonstrationenstränge wurde gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen, gemeinsam mit dem Verkehrsband am 1. Mai in Lokalen der verschiedenen Stadtteile zu feiern.

Zum Schluß teilte Genosse Rostowski noch mit, daß die Lohnsätze für die Arbeiter in den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und in den Kammereibetrieben zum 28. Februar gekündigt worden sind und die große Tarifkommission beschlossen habe, neben verschiedenen Umgruppierungen eine Erhöhung der Löhne um 15 P. pro Stunde zu fordern.

## Die Lithographen und Steindrucker.

Seit Jahren war eine Generalversammlung der Berliner Lithographen und Steindrucker nicht so gut besucht wie die am Donnerstag im Gewerkschaftshaus. Der große Saal war geradezu bedrückend überfüllt. Und es war gut, daß die Verbandsmitglieder dieser Veranlassung ein so reges Interesse entgegenbrachten, galt es doch, für die Mitgliedschaft sehr wichtige Beschlüsse zu fassen. Der Vorsitzende Genosse Hoffmann schilderte in seinem Geschäftsbericht zunächst die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Vorjahre sowie die wichtigsten organisatorischen Begebenheiten und gab dann einen kurzen Rückblick über die Verhältnisse in der Berliner Mitgliedschaft. Von einer glänzenden Beschäftigung könne nicht gesprochen werden. Im Gesamtübersicht des Jahres waren 11 500 246 Verbandsmitglieder arbeitslos, eine im Vergleich mit der Gesamtsumme der Mitglieder verhältnismäßig hohe Zahl. Der Mitgliederbestand, der infolge des fast reißenden organisatorischen Zusammenflusses der Lithographen und Steindrucker keinen großen Schwankungen unterworfen ist, erhöhte sich im Laufe des Jahres von insgesamt 4825 auf 4887 Mitglieder. Der Zuwachs ist hauptsächlich auf das Konto der Jungausgelernten zurückzuführen.

Die Lokalfälle hat sich, wie der Genosse Grogan berichtete, trotz der erhöhten Ausgaben für Arbeitslose und Kranke verhältnismäßig gut entwickelt. Sie hatte am Schluß des Berichtsjahres einen Bestand von 41 873 M. gegen 27 040 M. zu Beginn des Jahres. Das volle Vertrauen der Mitglieder zu ihrer Ortsverwaltung kam am besten dadurch zum Ausdruck, daß nicht ein einziger Verbandsmitglied das Wort zur Diskussion wünschte, und die Zustimmung zu den Vorschlägen für die Neuwahl der Revisoren und der verschiedenen Kommissionen einmütig erfolgte.

Eine längere Debatte entwickelte sich lediglich über den Vorschlag des Ortsvorstandes, einen Pflichtbeitrag zur Unterstützung der im Verbandsausgesteuerten arbeitslosen Mitglieder zu erheben. Genosse Sadina betonte, daß von den zurzeit rund 300 erwerbslosen Verbandsmitgliedern etwa 280 keine Verbandsunterstützung mehr beziehen. Deshalb sei es notwendig, einen Ertragsbeitrag zur Unterstützung der Ausgesteuerten zu beschließen. Die Redner, die sich zu dem Vorschlag des Ortsvorstandes äußerten, waren nicht etwa Gegner einer Unterstützung der Ausgesteuerten. Sie wollten vielmehr nur, daß die Beiträge freiwillig entrichtet werden. In der Abstimmung wurde der Vorschlag des Ortsvorstandes mit erdrückender Mehrheit angenommen. Er sieht — zunächst auf die Dauer von 13 Wochen — einen Ertragsbeitrag vor von 50 P. bei einem Wochenverdienst bis zu 65 M., von 1 M. bei einem Verdienst von 66 M. bis 80 M. und 2 M. bei einem Verdienst von mehr als 80 M. wöchentlich.

Mit diesem Beschluß hoben die Berliner Lithographen und Steindrucker wieder einmal ihre vorbildliche Solidariät mit ihren arbeitslosen Kollegen bewiesen. Einstimmig angenommen wurde schließlich noch ein Antrag, der den Hauptvorstand ersucht, dahin zu wirken, daß im Interesse der Behebung der Arbeitslosigkeit die Leberstundenarbeit eingedämmt wird.

## Angestelltenarif im Speditionsgewerbe.

### Allgemeinverbindlich erklärt.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben, daß der Reichsarbeitsminister den Mantel- und Gehaltstarif für die Angestellten im Groß-Berliner Handelsgewerbe vom 16. November 1928 auf Antrag für allgemeinverbindlich erklärt hat. Durch diese Entscheidung sind auch alle jene Speditionsfirmer, die nicht Mitglied des Verbandes Berliner Speditoren sind, verpflichtet, die Bestimmungen des Tarifvertrages einzuhalten und die in dem Mantel- und Gehaltsabkommen festgelegten Gehalts- und Arbeitsbedingungen auf ihre Angestellten zu übertragen.

Es ist Pflicht der beteiligten Angestellten, überall für die volle Durchführung der vertraglichen Bestimmungen zu sorgen. Man wende sich gegebenenfalls unverzüglich an die Fachgruppe Verkehr und Speditionsgewerbe im Zentralverband der Angestellten, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Straße 7/10, Sprechzeit Montag und Freitag von 5—7 Uhr, Telephon Bergmann 5423—30.

Im Rahmen der Reichsanfallerhebungswoche werden heute abend um 8 Uhr zwei Vorträge gehalten, die für Gewerkschaftsmitglieder von besonderem Interesse sind. In der Rumpo-Ausstellung, Potsdamer Straße 120, spricht Genosse Sachs vom ADGB über das Thema „Die Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Unfallgefahren“. Im Metallarbeiterhaus, Lindenstraße 83—85, spricht Oberingenieur Klenzsch über „Unfallverhütung in Deutschland und in Amerika“.

Die Freie Gewerkschaft Jugend Berlin veranstaltet am Sonntag, dem 3. März, um 19 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuzberg, Poststraße 11, einen Volksliederabend: Das sinnliche Volkslied, vorgetragen vom sinnlichen Volksliederverein „Susa“ hat. Ankostenbeitrag 10 P. Einlaß 19 Uhr. Karten sind in den Jugendgruppen und in der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale, Gewerkschaftshaus, Engelsufer 24/25, Zimmer 7a, erhältlich.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten mitteilt, sind die Differenzen in folgenden Betrieben beigelegt: Schultheiß-Restaurant, Inh. E. Lewin, Schönhauser Allee 135 und Café Rotes, Badstraße 67. Die Sperren werden hiermit aufgehoben.

## Deutscher Verkehrsband. — Straßen- und Kleinbahner.

Mittwoch, 19 Uhr, im großen Saal der Sophien-Halle, Sophienstr. 17—18. Versammlung. 1. Wie schade ist mein Leben und meine Gesundheit gegen die Gefahren von Unfällen? 2. Mitteilungen.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deute, Dienstag, 19 Uhr, laden die Gruppen: Spandau: Gruppenheim Städtischen Jugendheim Lindenauer Str. 1. Preußisch-Land: Repton: Gruppenheim Schule Willenstraße, 50—54 (Gortzammer). Seimdsprechung, Eintritt nur mit Verbandskarte und Verbandsausweis. — Kumbold: Gruppenheim Jugendheim Grünau, 1. Ede Vorhangstraße, 1. Rangier unter Kapelle. — Zehlener Platz: Gruppenheim Jugendheim Diersteinstraße, 3. Berlin-Heine-Abend. — Stankfurter Allee: Gruppenheim Städt. Jugendheim Kottbuscher Str. 18. Wir besetzen den Filmabend im Saalbau Friedrichshagen. — Köpenicker: Gruppenheim Jugendheim Poststr. 22. Alberti-Verkehr und Fußläger. — Reinickendorfer: Jugendheim Guterstr. 48. Aus Max. Maria Gortz Schützen.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anwohner

Deute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Nordwest: Jugendheim Lehrer Str. 18—19. Vortrag: „Was Friedrich Gerstäcker Leben.“ Referent: Dr. Max Schiller. — Wohnungsabend des Sprech- und Besprechungsausschusses im Turmhause der Schule Parader Str. 30 (falls die Turnhalle geschlossen, im Octobersaal). Ballenspiele sind mitzubringen!

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Gerner; Schriftf. G. Altmüller; Gewerkschaftsbewegung: Reich, Götze; Familien: Dr. John Schömann; Lokales und Sonstiges: Rich. Kerschke; Anzeigen: H. Giese, heimlich in Berlin; Verlag: Formwörter-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Formwörter-Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung Gust Gerner & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 2. — Dienst: 1. Beilage: „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Bericht“.

## Bei Nieren-, Blasenleiden

sowie Stein- und Zuckerbildung, zur Harnsäurezerstörung- und Ausscheidung

Stern-Engel-Zee (giftfrei)

Aerztlich empfohlen. Zu haben in den Apotheken. Beweismaterial gratis. Fabrik Vegetabilischer Heilmittel, Bad Schandau/Elbe.



# Der Witterungsumschwung.

## Rhein- und Elbufer schwer bedroht.

Als die zurzeit am schwersten gefährdeten Stromufer gelten in Deutschland die des Rheins und der Elbe. Während es den Anschein hat, als ob die Gefahr an der Elbe im Augenblick noch nicht so groß ist, weil hier und im Nordosten und Osten Deutschlands erneut Frostwetter eingelegt hat, sehen die Dinge am Rhein recht bedenklich aus, weil im Rheinland vorwiegend Regenwetter bei einigen Wärmegraden herrscht. Nach Mitteilung der Hauptwachststelle reicht die Eisdicke am Oberrhein von Philippburg bis Mannheim in einer Länge von 37 Kilometern. Von Mannheim ab ist die Lage unverändert. Die Mosel ist letzte Nacht an einigen Stellen aufgebrochen. Das Eis treibt bei Trier stark ab. Auch am Niederrhein ist die Lage im großen und ganzen unverändert. Im Gebiet der Mainmündung kam es zu verbreiteten Niederschlägen, hauptsächlich Regenfällen. Bei Emmerich ist Montag früh 9 Uhr das Eis in Bewegung gekommen und hat sich um 50 Meter vorgeschoben. Die dort liegenden Schiffe befinden sich in einer schwierigen Lage, da die Treppen wie Bindfäden reifen. Der Wasserstand des Oberrheins ist gegen Sonnabend wenig verändert. Die Mosel stieg bei Trier von 1/3 am Sonnabend auf 1,82 Montag vormittag.

Immerhin ist die Lage am Rhein heute als noch verhältnismäßig günstig zu bezeichnen. Im Schwarzwald ist wieder Frost eingetreten und hat die Schneeschmelze aufgehalten. Das Eis des Rheins ist bereits morich geworden, und man hat Bedenken, überhaupt noch Sprengklotzen auf das Eis zu schicken, das sich jeden Augenblick in Bewegung setzen kann. In Baden ist das Eis bereits in 70 Meter Breite gebrochen und in Bewegung. Die Voraussetzungen für einen schnellen Eisabgang für den Fall, daß von Holland aus die Eisdicke aufgebrochen wird, ist also gegeben. In Holland sind vier Eisbrecher schon bei der Arbeit. Man hofft, bis Dienstag durch den auf holländischem Gebiet befindlichen Eispropfen hindurchzukommen und dann mit dem Aufbruch auf der Strecke Welle—Orlog beginnen zu können. Gelingt dies, dann dürfte jede Gefahr für die untere Rheinstrecke unterhalb Duisburg beseitigt sein.

Biel gefährlicher als im Rheingebiet sieht es trotzdem im Eidegebiet aus. Die Elbe ist von Hamburg bis über Dresden hinaus zugefroren. Stellenweise erreicht das Eis eine Mächtigkeit von 1,40 Metern. Es sind aber auch Eisbarrieren von 3 Meter Stärke festgestellt worden. 15 Eisbrecher mühen sich, eine Rinne zu brechen; sie haben bisher Penenberg erreicht und kommen täglich etwa acht bis zehn Kilometer vorwärts. Die Elbstrombauernmahlung hat inzwischen sämtliche Wasserbauämter in Alarmzustand versetzt. In Magdeburg, von wo aus die Hilfsmaßnahmen geleitet werden, stehen 1000 Mann Reichswehr und 300 Schupoleute bereit. In der Nähe von Wilsnac werden Pionierabteilungen mit Bontons und Feldküchen, Feldtelegraphenabteilungen und Beleuchtungsfahrzeuge stationiert.

### Russische Eisbrecher unterwegs.

In einer soeben in Kiel hier abgehaltenen Besprechung zwischen Vertretern des Reichsverkehrsministeriums, des Reichsanwalts, der beteiligten Dienststellen, der Reichsmarine und des Verbandes deutscher Reeder wurde beschlossen, zwei schwerere russische Eisbrecher zu chartern, um den Versuch zu machen, den Nordostkanal sobald wie möglich wieder zu öffnen und für starke Schiffe einen Weg durch die weite Ostsee freizumachen. Es handelt sich um die russischen Eisbrecher „Bermud“ (2500 Tonnen) und „Iriver“ (2800 Tonnen), die bereits von Leningrad auslaufen sind und in den nächsten Tagen in Kiel ertoriet werden. Soweit möglich, werden die Eisbrecher auch Schiffe in Seerot Hilfe bringen.

Fährverkehr Sahnig—Trelleborg lohngelegt. Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, fügen die beiden Fährschiffe „Breuchen“ auf der Fahrt nach Trelleborg und „Drottning Victoria“ auf der

Fahrt nach Sahnig seit Sonntag im Eise fest. Zurzeit ist nicht zu übersehen, wann die beiden Schiffe vom Eise loskommen werden. Montag und Dienstag steht daher für die Verbindung Sahnig—Trelleborg kein Schiff zur Verfügung.

### Verkehrsstörungen durch Schneeverwehungen.

Schneeverwehungen haben in Schleswig-Holstein vielfach zu erheblichen Störungen im Eisenbahnverkehr geführt. Die Strecke Heide—Husum war Montag vormittag völlig gesperrt. Beide von Husum abgehenden Frühzüge blieben stecken, ebenso ein zur Freilegung entlassener Schneepflug. Erst nach dreistündiger Arbeit gelang es, die Züge freizubekommen. In Dithmarschen ist der Autobusverkehr durch Schneeverwehungen vielfach unmöglich geworden. Neuer starker Schneefall hat in Schlesien ganz beträchtliche Verkehrsstörungen durch Schneeverwehungen auf Landstraßen und Schienenwegen hervorgerufen. Die Landstraßen sind zum Teil völlig verweht. Kraftwagen und mit Kohlen beladene Pferdebespannungen mußten aus dem zusammengewehenen Schnee herausgeholt werden. — Infolge des starken Schneefalls im Reichsbahnverkehrsbezirk Magdeburg mußten auf fast allen Strecken Schneepflüge eingesetzt werden. Einige Züge blieben vorübergehend stecken.

### Pankower Bluttat aufgeklärt.

#### Der verhaftete Karl Schulz überführt und geständig.

Der unermüdeten Arbeit der Polizei ist es im Laufe des gestrigen Nachmittags gelungen, den Mord an dem 18jährigen Primaner Herbert Kleier aus der Harzburger Straße 6 in Pankow, der bekanntlich am Freitag voriger Woche am Clausshaler Platz in Pankow hinterrieds erschossen wurde, restlos aufzuklären. Der Haupttäter ist ein 24jähriger Arbeiter Karl Schulz aus der Kliffenstraße 3 in Pankow.

Schulz, der sich bereits seit Sonnabend in Gewahrsam befindet, hat die Bluttat heute eingestanden. Er ist nach dem Geständnis völlig zusammengebrochen; es war daher noch nicht möglich, über die eigentlichen Motive zu der Tat genaues zu ermitteln. Schulz hat bis vor 1 1/2 Jahren dem Roten Jungsturm angehört.

Wie wir bereits mitteilten, war am vergangenen Sonnabend in Pankow ein Mann verhaftet worden, auf den die Personalbeschreibung der Tatzeugen genau paßte. Die Untersuchung ergab zunächst wenig Befriedendes und man hatte schon die Entlassung des Festgenommenen in Erwägung gezogen. Inzwischen setzte die Polizei ihre Nachforschungen aber fort und dabei gelang es, erneut eine Anzahl von Indizien zu sammeln, die sehr zugunsten des Verhafteten sprachen. Die weiteren Ermittlungen der Polizei unter Leitung der Kommissare Dr. Brachwitz und Heller führten dann zu weiteren Verhaftung des 18jährigen Bäckers Gerhard Röber und des Arbeiters Kaiser, die dringend im Verdacht standen, an der Bluttat beteiligt zu sein. Das von den Verhafteten angezeichnete Bild mißlang. Trotzdem leugneten sie hartnäckig, mit der Tat in Verbindung zu stehen. Bis Schulz, der den tödlichen Schuß abfeuerte, unter der Wucht des gegen ihn gesammelten Beweismaterials die Ausschlußmöglichkeit weiteren Leugnens einwarf und das Geständnis ablegte. Die Polizei ist eifrig bemüht, in das Dunkel über die tatsächlichen Hintergründe, die Schulz zur Tat verleiteten, Licht zu bringen.

Ueber die Zugehörigkeit der Festgenommenen zu Parteien oder sonstigen Organisationen ist folgendes festgestellt: Kaiser ist Mitglied des Roten Frontkämpferbundes,

Schulz hat bis vor 1 1/2 Jahren dem Roten Jungsturm angehört. Röber ist nach eigener Angabe erst vor etwa acht Tagen durch formlose mündliche Erklärung aus der kommunistischen Jugend ausgeschieden.

Die Ermittlungen nach dem Verbleib der bisher nicht aufgefundenen Mordwaffe, sowie nach der etwaigen Beteiligung des gleichfalls vorläufig festgenommenen Steinlegers Kaiser, nehmen ihren Fortgang.

### Selbstmord eines Reichsgerichtsrats.

#### Folgen einer schweren Nervenkrankheit.

Auf tragische Weise hat am gestrigen Montag früh der bekannte Reichsgerichtsrat a. D. Georg Bid, der als einer der bestfahigsten deutschen Richter galt, seinem Leben ein Ende gemacht.

Bewohner des Hauses Philippstr. 21 machten, als sie die Bodenräume aufsuchen wollten, die grausige Entdeckung, daß an der Kante der Bodenröhre sich jemand erhängt hatte. Sie erkannten alsbald den Toten als den im selben Hause wohnenden Reichsgerichtsrat a. D. Bid, der auf diese Weise Selbstmord verübt hatte. Man legte den Bruder des Toten in Kenntnis, der ebenfalls in der Philippstr. 21 wohnt, und dieser benachrichtigte die Kriminalpolizei. Durch die Untersuchung des Gerichtsarztes wurde einwandfrei festgestellt, daß der Tod durch Erhängen eingetreten ist. Die Witwengattin des Reichsgerichtsrats, der Jungeselle war, und im 48. Lebensjahre stand, bekundete dann auch, daß er seit langer Zeit schwer nervenkrank war, wozu noch ein schweres Zuckerleiden kam. Reichsgerichtsrat a. D. Georg Bid, der wegen seiner besonderen Eignung im Juli 1927 an das Reichsgericht berufen wurde, wo er eine Kammer für Arbeitsrecht hatte, war nach kaum einjähriger Wirkung an dieser Stelle pensioniert worden, weil er infolge Ueberarbeitung einen völligen Nervenzusammenbruch erlitten hatte, der seine restlose Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte. Der Richter ist ein Opfer seiner Arbeit zu überbietenden Gründlichkeit und Sachkenntnis geworden; er beschäftigte sich mit dem ihm zur Urteilsfindung übergebenen Fällen so intensiv, daß er sich vollkommen aufrieb und zwölf bis vierzehn Stunden am Tage, nur durch kurze Erholungspausen unterbrochen, arbeitete. Der tröstliche Tod des in den Kreisen der Berliner Juristen beliebten und geschätzten Mannes wird außerordentliches Bedauern hervorrufen.

### Charlottenburger Häuser gefahrenfrei.

Die am Montagfrüh vorgenommene Besichtigung der Häuser in der Heibel- und Fritschestraße durch Sachverständige der Baupolizei, des Oberpräsidiums und des Polizeipräsidentiums und Vertreter des Wohnungsamts Charlottenburg hat zu dem Ergebnis geführt, daß nach sachverständigem Urteil eine Gefahr für die Bewohner dieser Häuser augenblicklich nicht besteht. Die Sachverständigen haben die bisherigen Maßnahmen der Baupolizei gebilligt. Die Baupolizei hat vor etwa vier Wochen die Räumung von vier Wohnungen angeordnet, nicht, weil eine augenblickliche Gefahr für die Mieter bestand, sondern um die Wiederinstandsetzung dieser Wohnungen durchzuführen. Diesen Mietern sind vom Wohnungsamt Ersatzwohnungen angeboten worden, die aber abgelehnt worden sind. Obwohl für die anderen Wohnungen keinerlei Gefahr besteht, hat das Wohnungsamt sich bereit erklärt, auch den Inhabern dieser Wohnungen, wenn es von ihnen gewünscht wird, andere Wohnungen anzumieten.

### Kommunistische Strolche.

Seitdem die Kommunisten nicht mehr tagtäglich demonstrieren können, haben sie sich darauf geelet, Rollkommandos einzurichten, die alleingehende Reichsbannerleute überfallen. So wurden am Freitagabend drei Reichsbannerkameraden in der Montaufer- Ecke Waldemarstraße von sechs uniformierten Rollkommandanten überfallen und schwer mißhandelt. Als Schlagwerkzeuge wurden Trommelstöcke benutzt, durch die der eine Reichsbannerkamerad eine so stark blutende Kopfwunde davontrug, daß er zur Rettungswache am Götlicher Bahnhof gebracht werden mußte. Die Rollkommande scheinen darauf auszugehen, das Material zu liefern, mit dem das Demonstrationsverbot noch recht lange aufrechterhalten werden kann.

# Der Aufbruch des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heemann Moslar

Er setzte sich, stützte die Stirn müde in die Hand. „Es ist nicht alles glatt gegangen im Parlament. Ich hätte eben da sein sollen. Sie haben den Dessauer zum Regenten haben wollen.“

Friederike warf den Kopf gegen ihn, die Arme zurück. „Und du hast...“

„Ich habe den Landtag aufgelöst.“

Sie rechte sich auf, lächelnd, ihrer selbst gewiß.

„Und mich zur Regentin erklärt?“

Seine Hand strich auf der Stirn nervös hin und her. Er hatte plötzlich Sehnsucht nach irgendeinem seiner Landmädchen in Hohenbergeladen draußen, das ihn mit kühlen, harten Arbeitshänden demütig streicheln würde. Bitternis wuchs in ihm gegen dies ewig treibende, rübelose Weib da...

„Das ist augenblicklich unmöglich. Wir müssen froh sein, wenn wir so über die Sache hinwegkommen.“

„Was heißt das: so?“

„Ohne vom Volk verjagt zu werden.“

Sie zuckte verständnislos die Achseln. Er sah sie an in verhaltener Wut. „Ach,“ sagte er betont, „ich habe ja ins Parlament gewollt. Du hättest mich nicht hindern sollen.“

Friederike lächelte schmal und verächtlich. „Bist du der Mann von uns beiden oder ich?“

Troslegt stand auf. „Das hat doch alles keinen Sinn — diese Streiterei!“ Er ging ein paar mal hin und her. „Benns zwei Menschen nur um die Macht geht, mag's angehen. Oder nur um die Liebe. Aber uns gehts eben um Macht und Liebe zusammen. Das ist es.“

Sie lächelte noch immer verächtlich wie vorher, aber in ihren Augen stand Schmerz. „Soll das eine Abgabe sein?“

„Kein doch. Es soll dir nur zeigen, wie schwer das ist. Man kann eben nicht zugleich alt und heiß sein.“

„Was willst du denn streichen: die Macht oder die Liebe?“

Wütend schüttelte er die Hände vor ihrem Gesicht. „Nichts will ich streichen, zum Donnerwetter nochmal! Verstehst du mich denn gar nicht?“

„Nein. Ich verstehe nicht, daß du mich für das Mißlingen deiner Staatskünste verantwortlich machst.“

„Du, du bist ja so klein!“ sagte er müde, mit abtuender Handbewegung.

Er tat ihr plötzlich leid. „Du hast recht, wir sollten das lassen. Was gedenkst du zu tun?“

„Zunächst kommt es darauf an, die Dessauer nicht heran zu lassen.“

„Und das wird gelingen?“

„Ich hoffe.“

Friederike legte die heiße Hand auf sein Haar. „Wir können uns ja gar nicht verlassen. Wir sind ja aneinander gebunden. Nicht wahr?“

Er schwieg. Die Angst des Weibes, das sich gegeben hat und fürchtet, nun verlassen zu werden, zwang ihren Kopf bittend an den seinen. „Es — es bleibt — beim alten zwischen uns?“

„Ja, ja.“

„Alles?“

„Alles.“

Sie gab sich zufrieden. „Ich will dann reisen... Du wirst es schon durchkämpfen. Ich will immer an dich denken.“

Als sie in der Tür stand, ließ sie noch einmal zurück, umarmte ihn wild. Die Nachschauer der Hingabe schüttelten sie. „Du!“

Er strich über ihr Haar, küßte sie lässig auf die Stirn. Ihre Augen sahen ihn an mit dunkler Frage, so, wie man sein Schicksal ansieht.

Als sie gegangen war, als er sie dann unten in den Wagen steigen sah, rechte er sich auf. Er hatte gelernt, heute, für immer. Jener andere, mit dem sie ihm verglich, hatte einst für die Bernburger Gräfin den Kopf verloren. Er würde ihn nicht verlieren. Nie mehr.

Der Wagen fuhr durchs Tor. Das Donnern der Räder vergrollte im Sand.

Sein Denken blühte wieder in das unklar schwelende Geschehen dieses Abends, dieser Nacht, hellte es auf. Hin- und hergehend kämpfte er, in langem Kampf, das Dunkel nieder.

Der Steuerinspektor aus dem Harz, der um ein Uhr nachts auf schweißnassen, todmüdem Pferd im Schloßhof einritt, sah noch Licht in Troslegts Zimmer.

Er wurde sofort vorgelassen.

### 12. Die lachenden Panzer.

Als der Lohgerber am nächsten Morgen vom Harz heimkehrte, griff Troslegt zu; am Stadttor wurde Heder-Calm verhaftet.

Calm's Gedanken waren die ganze Nacht Traumwege gegangen. Er begriff die Verantwortlichkeit des Vorgangs nur unklar, empfand ihn nur wie einen dumpfen Schlag. Sarah sah dem ganzen mit erstaunten, nicht einmal erschreckten Tieraugen zu; auf des Vaters Geheiß fuhr sie den Wagen wortlos nach Hause.

Es war eine sonnige Frühe geworden. Der Weg zum Gefängnis führte durch die Stadt. Kinder sammelten sich und liefen hinter dem kleinen Trupp her. Das war man gewöhnt; auch, daß sich Weiber und ein paar neugierige, müßige Männer hinzufanden. Aber dann kam der Schmied Illmer und jagte die Kinder fort und schritt selbst hinter dem Zuge. Kniephade gesellte sich dazu, Menge, an jeder Ecke drei, vier andere Männer; das Gesindel wich scheu hinter sie.

Der Wache wurde das Gefolge unerträglich, sobald das Gefängnis, das Getrappel der Kinder fehlte. Sie beschleunigte den Schritt. Aber hinter ihr geschah nichts. Alle Stimmen blieben stumm; nur die Schritte wurden immer zahlreicher, trommelten auf das Kagenkopfpflaster als einziges Geräusch dieses sonnigen Morgens; gewannen zuleht, als es jenseits der Saalebrücke die gerade, steile Lange Gasse hinaufging, einen langsamen, schweren Takt, tausend Füße wurden ein Klang, als wandte eine einsame, riesige Pauke hinter Heder-Calm und seinen Wächtern her. Das häßliche, verkümmerte Stücklein Mensch zwischen den hohen Bedarmengefalten schien zu zittern. Die Wachen sahen sich nicht einmal um. Aber als das schwere Tor des Gefängnisses hinter ihnen zugefallen war, atmeten sie auf.

Das Paulen draußen war still, wieder zum Trappeln geworden; eine Weile war es, als trabte ein riesiger Käfer vor dem Gefängnis hin und her; Heder-Calm konnte es von seiner Zelle aus, die unter dem Dach nach dem Hof zu lag, deutlich hören. Dann wachten Stimmen auf, wurden ein Brummen, das zu ihm aufschlug, als fliege der Käfer mit schwerfällig surrenden Flügeln am Hause empor. Nun schien er mit dumpfem Aufprall zur Erde zu fallen; es wurde stumm; dafür klopfte taktmäßiges Marschieren heran: das Militär...

Der Gefangene zitterte; er konnte kein Blut sehen; er, der Lohgerber, der sich sogar vor dem Anblick des Käber-schlachters drückte...

(Fortsetzung folgt.)



## Der Prozeß gegen Raubmörder Hopp. Der Täter ein duzendmal schwer vorbestraft.

Der Prozeß gegen den Sitzgraubmörder Emil Hopp, der im September 1928 den Direktor Nordmann aus Delmenhorst im Güterzug Hamburg-Bremen in einem Abteil 2. Klasse erschoss, beraubte und die Leiche aus dem Zuge warf, begann am gestrigen Montag vor dem Schwurgericht des Landgerichts Verden.

Der 30 Jahre alte Hopp macht seine Auslagen zur Anklage sehr klar, wie er überhaupt einen äußerst intelligenten Eindruck hinterläßt. Hopp ist wohl ein duzendmal mit Gefängnis und Zuchthaus wegen schweren Diebstahls, Hehlerei, Fahnenflucht, Betrugs und Rötigung vorbestraft. Er schildert seine schon von frühesten Jugend an begangenen Verbrechen, die ein erschütterndes Bild von dem Lebenswandel des Angeklagten geben. Zur eigentlichen Tat schildering übergehend erklärte er, am Tage der Tat in Hamburg den Sitzzug nach Bremen bestiegen zu haben. Ueber den eigentlichen Grund zur Tat könne er sich nicht erklären. Er hält es für möglich, während der Fahrt kurz vor der Station Buchholz einen Blick ins Nebenabteil geworfen zu haben. Kurz darauf sei er ein zweites Mal in den Borraum der Toilette gegangen und habe sich ins Nebenabteil begeben, wo Nordmann auf dem Polster gelegen und geschlafen habe. Ueber die eigentlichen Vorgänge in diesem Abteil will er sich infolge Bewußtseinsstörung nicht mehr genau erinnern können. Er habe in der Voruntersuchung vielleicht noch eine Erinnerung daran gehabt, daß er einen Körper aus der Abteiltür hinausgleiten ließ. Ob Nordmann aber bereits tot gewesen sei, wisse er nicht.

Aus der weiteren Aussage des Angeklagten geht hervor, daß er sich nach begangener Tat erst in Hamburg, Essen, Köln und Bingen aufgehalten habe, von wo aus er nach Mainz weitergefahren sei. Die Erinnerung an die Tat will ihm zum ersten Male erst um den 17. September herum gekommen sein, als er mehrere Zeitungen mit seinem Bilde auf dem Esener Bahnhof zu Gesicht bekam. Daraufhin habe er einen Wechsel in seiner Kleidung vorgenommen. In dem Café in Mainz habe er dann gehört, daß die Wirtnin sich telephonisch mit der Polizei in Verbindung setzte. Er habe hier gemerkt, daß er verfolgt werde und habe sich dann zum Bahnhof begeben, wo er gegen Abend festgenommen wurde.

Gegen Mittag war die Vernehmung des Angeklagten beendet. Nach einer kurzen Pause trat das Gericht in die Beweisaufnahme ein. Zunächst wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Protokoll der Vernehmung des Hopp vor dem Untersuchungsrichter in Mainz verlesen. Bei dieser Verlesung kam wieder zum Ausdruck, wie genaue Angaben der Angeklagte seinerzeit über die Vorgänge im Zuge gemacht hat. In seinen späteren Vernehmungen, die ebenfalls verlesen wurden, betonte er allerdings, sich auf Einzelheiten nicht mehr entsinnen zu können.

Unter den Zeugenanklagen ist die des Kriminalkommissars Tomste von Bedeutung. Tomste hat Hopp seinerzeit nach der Ueberführung von Mainz vernommen und wiederholt dessen ausführliche Aussage. Er ist der Meinung, daß der Angeklagte ein ziemlich gutes Gedächtnis habe und erklärt, nach seiner Ansicht sei Nordmann erst erschossen, dann sei er beraubt und sein Koffer durchsucht worden. Auf die Frage, warum Hopp den Nordmann erst durch das ganze Abteil geschleppt und zur entgegengelegten Tür hinausgeworfen habe, kann der Angeklagte keine Erklärung geben. Das Gericht beschließt dann die Vernehmung des Reichsbahnoberinspektors Wiedmann von der Reichsbahnüberwachungsstelle in Münster, durch dessen Vernehmung einige Unklarheiten im Protokoll Tomstes klargestellt werden sollen, auf Dienstag vormittag.

## „Volkstrauertag.“

Der Gedanke, zur Erinnerung an die Opfer des Krieges einen Volkstrauertag einzuführen, war schon und groß. Aber der „Volkstrauertag“, den der „Volkswort Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ alljährlich gegen Ende des Winters veranstaltet, trägt seinen Namen zu Unrecht. Den Gedankensinn dieses „Volkstrauertages“ fehlt das eine, was wir den zwei Millionen Hingegangenen schuldig sind. Es fehlt die starke Betonung des unbegreiflichen Willens, in Zukunft allen Kriegstreibereien und Kriegshereien schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Darum halten wir die Kreise des Volkes sich fern von diesen Gedankensinn.

In Berlin veranstaltete der Bund am Sonntag vier Feiern. Bei der Hauptfeier im Reichstagsaal fällt regelmäßig die Ehrenpflicht der Gedentede dem Bundespräsidenten zu. In früheren Jahren war das ein Pastor, jetzt ist's Herr Gehler, der Reichswehrminister a. D. Aber einen nennenswerten Unterschied merkte man nicht. Herr Gehler betonte am Schluß seiner Rede die große und heilige Pflicht, zu arbeiten an der Auferstehung des deutschen Volkes zur Freiheit und zur Gleichberechtigung im Kreise der Völker. Bei diesen Worten kam jeder sich denken, was ihm recht ist. Auch wer nach einem neuen Kriege dürstet, wird sich das Seine denken. An der Feier beteiligten sich die Toten ehrend, Würdenträger der Reichsregierung, mit ihnen auch Hindenburg, der Präsident der deutschen Republik. Der Schmutz des Saales war ganz auf Trauer gestimmt. Berstete sich irgendwo die Fahne der Republik? Wir haben ihr Schwarzrotgold nicht bemerkt. An einigen Kränzen fielen schwarzrotgoldene Schleifen auf. Das war wohl der einzige sichtbare Hinweis darauf, daß wir seit nun zehn Jahren unsere deutsche Republik haben. Die Militärkapellen der Reichswehr und ein Wald von Fahnen studentischer Vereine gaben der Feier eine Zutat von „Schneidigkeit“. Herausfordernd bot sich eine mit großem Hakenkreuz „geschmückte“ Fahne von Reichsstadtkalen dar. Die durfte nicht fehlen.

## Eine würdige Gefallenengedenkfeier.

Beim Landgericht I, Brunerstraße, veranstaltete die Beamtenkassette gestern eine erhebende Feier zur Ehrung ihrer gefallenen Kollegen. Die sechs großen Gedentelien im Lichtlof sind mit Lorbeerzweigen und Schleifen in den preußischen und Reichsfarben künstlerisch geschmückt und festlich beleuchtet. Im Verlauf der von musikalischen Vorträgen umrahmten Feier betonte Major Graub in seiner Gedentrede, daß die Opfer des Krieges nicht umsonst, auch nicht aus Lust am Kämpfen, sondern für den Frieden der Heimat gebracht worden sind. Wir hätten uns für das heilige Vermächtnis unserer Gefallenen einzusetzen, daß niemals wieder unser Volk durch einen Krieg in ein so namenloses Elend gestürzt werden dürfe.

Bei der Feier im ehemaligen Herrenhause sprach am Pfarrer Alexander Schmeling-Rühbau, der in seiner Gedentrede u. a. feststellte, daß es damals noch Sinn hatte, sich zu opfern. Inwiefern „Opferfreudigkeit“ heute Zweck hätte, darüber schweigend, er vielmehr brachte er zum Ausdruck, daß die Opfer nicht genügen, um das Leben und die Freiheit des deutschen Volkes zu sichern. Eingeleitet wurde die Feier mit Beethovens „Trauermarsch“, gespielt von der Orchesterabteilung des Berliner Sängervereins. Der Berliner Lehrergesangverein brachte mehrere ernste Stellen zu Gehör. Mit der Ouvertüre zur Oper „Aphigenie in Kluso“ schloß die Veranstaltung.

Die Stadtkorrespondenten haben in dieser Woche ihre Sitzung am Donnerstag um 10 1/2 Uhr.

# Müssen Kartoffeln teuer bleiben?

## Verbraucher und Behörden Augen auf!

Kartoffeln, besonders frostfreie, werden im Augenblick nicht unerheblich teurer verkauft. Wichtiger ist die Frage, ob auf Dauer eine Teuerung für Kartoffeln eintreten muß, sobald die Witterungs- und Transportverhältnisse wieder bessere sind. Im allgemeinen gewöhnt man sich nämlich an den Glauben, daß der starke Frost die Kartoffeln in den Rieten auf dem Lande so sehr beschädigt habe und die Kartoffelverförmung bis zur neuen Ernte dadurch so sehr beeinträchtigt werde, daß eine möglicherweise nicht unerhebliche dauernde Teuerung der Kartoffeln eine unausbleibliche Folge sei. Wir glauben, daß zu einem derartigen Pessimismus kein Anlaß ist und daß deshalb der Verbraucher und die Behörden darauf achten müssen, daß nicht aus eigener Unachtsamkeit hinsichtlich der tatsächlichen Verhältnisse eine vermeidbare Teuerung eintritt.

Es ist wertvoll, daß die „Kartoffelzeitung“ selbst, das Organ des Einheitsverbandes des Deutschen Kartoffelhandels, am 24. Februar dazu einige wichtige Anhaltspunkte liefert. Die „Kartoffelzeitung“ veröffentlicht aus Anlaß in Kopenhagen einen Brief, nach dem vorgenommene Untersuchungen sehr viel geringere Frostschäden in den Rieten erkennen lassen als angenommen wird. „Es dürfte nicht zutreffen“, so heißt es in dem Brief, „daß die Kartoffeln in den Rieten durch Frost nennenswerte Beschädigungen erlitten haben, weil wir fast durchweg in Deutschland eine ziemlich große Schneedecke haben. Im übrigen genügt eine normale Schneedecke, um die stärksten Fröste in ihrer Wirkung aufzuheben. Jedenfalls haben Stichproben auf einzelnen Gütern, die wir in den letzten Tagen gemacht haben, ergeben, daß die direkt aus den Rieten entnommenen Kartoffeln, die als Pektarkartoffeln gekocht wurden, nicht eine Spur von Süße hatten, dabei waren es bis zu 30 Grad Frost.“

— Nun ist es sicher, daß zweifellos auch in den Rieten Frostschäden vorhanden sind. Diese Stimme aus Kopenhagen läßt aber erkennen, daß es falsch wäre, sie sehr hoch einzuschätzen. Im Januar sollen in den Händen der Produzenten noch 54 Proz. der 1928er Gesamternte von 41,2 Millionen Tonnen gewesen sein. Man spricht von 5 Millionen Tonnen Frostschäden in den Rieten, das wäre rund ein Viertel der heute noch lagernden Kartoffeln. Diese Schätzung dürfte stark übertrieben sein.

Selbst wenn man diese Schätzung für richtig halten würde, so läge noch keinerlei Anlaß für eine besondere Kartoffelteuerung vor. Die „Kartoffelzeitung“ bezeichnet selbst die Ernte von 1928 als „die Rekorderte nach dem Kriege, vor der selbst die Ernte des Jahres 1925 zurücktreten müßte. Wenn man die höchste Verlustziffer mit 5 Millionen Tonnen hier in Ansatz bringt, und dazu noch Fäulnis- und Trocknungsverluste rechnen würde, so bliebe noch eine verwertbare Menge von 34,7 Millionen Tonnen. Die „Kartoffelzeitung“ schreibt, daß es früher sogar sehr schwierig gewesen sei, viel kleinere Ernten von 36,5 bzw. 33,6 Millionen Tonnen glatt unterzubringen. Was heute also an unvorhandenen Kartoffelbeständen noch vorhanden ist, ist mehr als je in früheren Jahren und wegen Unverförmung braucht auf keinen Fall eine Kartoffelteuerung einzutreten.

Diese Dinge zu wissen, ist für die Verbraucher und Behörden außerordentlich wichtig. Wir verschließen durchaus nicht die Augen davor, daß solange der Frost noch fortdauert, und die Transport-schwierigkeiten wegen des Schnees und wegen der Kälte groß sind, auch besondere Transport- und Lagerkosten entstehen. Entsprechend diesen höheren Selbstkosten mag vorübergehend ein Aufschlag auf die früheren Kartoffelpreise nötig sein. Dieser Aufschlag kann aber nur vorübergehend gemacht und begründet werden. Sobald die Wegeverhältnisse normal und die hohen Frostgrade vorüber sind, muß auch dieser Aufschlag wieder wegfallen. Aufmerksamkeit der Behörden und Verbraucher zur rechten Zeit kann also ungerechtfertigte Uebervorteilung und entsprechende volkswirtschaftliche Schäden, die eine nichtbegründete Kartoffelteuerung mit sich bringen, hintanhalten.

## Kein Gefrierfleischwucher.

### Im Gegenteil: die Preise wurden gesenkt.

In der Tages- und Fachpresse werden mehrere offensichtlich aus derselben Quelle stammende Notizen über angebliche „Wuchergewinne“ der Berliner Gefrierfleisch-G. m. b. H. veröffentlicht. Hierzu wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Die Berliner Gefrierfleisch-G. m. b. H. ist zunächst nicht, wie angegeben wird, eine Gesellschaft gemeinnützigen Charakters, sondern ein Privatunternehmen unter städtischer Aufsicht, das die ihm von der Stadt Berlin auf Grund der reichsgesetzlichen Bestimmungen überlassenen Berechtigungsrechte zur Einfuhr zollfreien Gefrierfleisches verwertet. Die Gesellschaft wird von einem Aufsichtsrat überwacht, der zum größeren Teil aus Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung besteht. An etwachen Gewinnern der Gesellschaft ist die Stadt mit 30 Proz. beteiligt. Sämtliche Gewinne werden zu ihrem überwiegenden Teil Wohlfahrtszwecken und anderen gemeinnützigen Aufgaben zugeführt. Die in den Preislisten angegebenen Preise, aus denen übermäßige Gewinne herausgerechnet werden, entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Der Einkaufspreis für Gefrierfleisch beträgt augenblicklich 42 Pf. loco Hamburg pro Pfund. An Spesenfähen hat die Berliner Gefrierfleisch-G. m. b. H. im Geschäftsjahr 1928 5,9 Pf. auf das Pfund gehabt. (Nach den Berechnungen des Enqueteausschusses des Reichsrats ermittelten die Sachverständigen des Gefrierfleischgroßhandels die Mittel für die Beförderung des Gefrierfleisches von Hamburg bis zum Berliner Fleischgroßmarkt zusätzlich der allgemeinen Geschäftskosten sogar auf 10,15 Pf. für das Pfund.) Von irgendwelchen Wuchergewinnen kann also keinesfalls die Rede sein. Im Gegenteil hat die Gesellschaft trotz der steigenden Einkaufspreise auf dem Weltmarkt ihre Verkaufspreise in letzter Zeit noch gesenkt mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage der Berliner Bevölkerung.

## Geständnis nach zwei Jahren.

### Der Raubmord am Ruinenberg aufklärt.

Am gestrigen Montag jährte es sich zum zweitenmal, daß der 17 1/2 Jahre alte Kassenbote der Städtischen Gaswerke in Potsdam am Ruinenberg erschlagen und beraubt aufgefunden wurde. Er hatte 4000 Mark Lohngehälter bei sich gehabt. In der vergangenen Nacht hat jetzt der Mörder, Walter Kujbach, ein Geständnis abgelegt.

Selten hat ein Verbrecher so um seine Ueberführung gelämpft wie Kujbach. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich schon bald nach dem Mord auf ihn, und er wurde festgenommen. Nach längerer Untersuchungshaft mußte er aber wieder entlassen werden, weil das von ihm angebotene Bild nicht zu widerlegen war. Zu Anfang dieses Jahres wurden aber in aller Stille die Nachforschungen zur Klärung der Mordtat erneut aufgenommen. Kriminalbezirkssekretär Emotions wurde nach Potsdam entsandt, und ihm gelang es, soviel neues Befragungsmaterial gegen Kujbach zusammenzutragen, daß dessen Unschuldbehauptungen erschüttert wurden. Kujbach, der nichts geholt hatte, wurde überfordern wieder festgenommen und nach Berlin gebracht. Nachforschungen in der Münzstraße und in Charlottenburg, wo der Verdächtige sich aufgehalten haben wollte, fielen ungünstig für ihn aus. Trotz alledem leugnete er, bis er gestern ein Geständnis ablegte. Dem Herhang der Tat gibt er eine Darstellung, in der sich Wahrheit und Dichtung mischen. Er traf an jenem Tage vor der Löwenvilla in der Marienstraße den ihm bekannten Hammermeister. Der Kassenbote erzählte ihm, daß er nach Bornstedt müsse, und lud ihn ein, mitzukommen. Unterwegs sprachen sie über dies und das.

Hammermeister übergab ihm erst ein und später ein zweites Paket, die angeblich Frühstücksrollen enthalten sollten. Auf dem Ruinenberg angelangt, setzten sich beide und verzehrten Obst, das Hammermeister gekauft hatte. Bis zu diesem Punkte tragen die Angaben den Stempel der Wahrheit. Dann aber fängt Kujbach an, zu seinen Gunsten zu phantazieren. Hammermeister soll ihm plötzlich einen Revolver vorgehalten haben mit der Aufforderung: „Du mußt mitmachen!“ Das sollte sich auf einen fingierten Raubüberfall beziehen. Sie seien beide nun in einen Streit geraten, und Hammermeister habe ihn, Kujbach, mit Füßen getreten. Da habe er ihn mit der bloßen Faust, in die er nach Boyerart ein Taschentuch ballte, auf den Kopf geschlagen, bis er liegen blieb. Vom Hauptbahnhof Potsdam will Kujbach dann nach Charlottenburg gefahren sein. Unterwegs wollte er die vermeintlichen Stullenpakete öffnen und entdeckte nun, daß sie Geldscheine enthielten.

Das Geständnis des Kujbach weist natürlich zahlreiche Lücken und Widersprüche auf. Die Ermittlungen zur restlosen Aufklärung werden noch fortgesetzt.

## Explosion im Stickstoffwerk.

In den hessischen Stickstoffwerken in Trostberg ereignete sich am Montag vormittag eine schwere Explosion, bei der ein Arbeiter getötet und vier weitere schwer verletzt wurden. Ein 30 Meter hoher Silo wurde völlig zerstört. In die Explosion schloß sich ein Brand, der über die ganze Stadt Trostberg dicke Rauchwolken wehte. Die Ursache des Unglücks wird auf unvorsichtige Vornahme einer Reparatur im Fördertramp zurückgeführt.

## Ebert-Feier des Reichsbanners.

Am Donnerstag, dem 28. Februar, dem vierten Jahrestag des Todes des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Gedächtnisfeier. Wegen des bestehenden Demonstrationverbotes kann die Feier nicht wie bisher auf dem Gendarmenmarkt stattfinden, sondern wird in der Stadthalle in der Klosterstraße abgehalten. Die Gedächtnisrede hält Herr Reichsminister a. D. Robert Schmidt, M. d. R.

Der deutsche Dampfer „Cippe“ gesunken. Der 8000 Tonnen große deutsche Fracht- und Personendampfer „Cippe“ vom Norddeutschen Lloyd, der von Chile nach Antwerpen unterwegs war, ist am Montag nachmittag nach einem Zusammenstoß mit einem englischen Dampfer bei Dordrecht gesunken. Die Mannschaft, 70 Köpfe stark, wurde von einem belgischen Schlepper gerettet. Das englische Schiff ist stark beschädigt vor Anker gegangen.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“  
Gedächtnisfeier: Berlin S 14, Sebastianstr. 17 1/2, Hof 2 Tr.  
Donnerstag, 28. Februar, findet um 8 Uhr in der Stadthalle, Klosterstraße, eine Gedächtnisfeier statt. Eintrittsfrei. Die Gedächtnisrede hält Herr Reichsminister a. D. Robert Schmidt, M. d. R.  
Longfellow English Debating Club, Mittwoch 28. Februar, 8 Uhr, Zahnstraße, Gummensaal, Billowstr. 174, 100th Birthday of Carl Schurz, March 2nd.  
Gedächtnisfeier: Gedächtnisfeier (Wöchentliche Arbeitsgemeinschaft). Am 28. Februar findet um 8 Uhr, Sonntag, 13 (Schulz), Tr. 20, Gumpert Platz, die Gedächtnisfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Eintritt frei.  
Vereinigung der Freunde von Religion und Kulturwissenschaften. Sonntag, 28. Februar, findet um 8 Uhr in der Stadthalle, Klosterstraße, eine Gedächtnisfeier statt. Eintrittsfrei. Die Gedächtnisrede hält Herr Reichsminister a. D. Robert Schmidt, M. d. R.  
Gedächtnisfeier: Gedächtnisfeier (Wöchentliche Arbeitsgemeinschaft). Am 28. Februar findet um 8 Uhr, Sonntag, 13 (Schulz), Tr. 20, Gumpert Platz, die Gedächtnisfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Eintrittsfrei.

# Funkwinkel.

Ein Radmittagskonzert mit Solisten und Programmen von gutem Niveau. Wilhelmine Eidenbüch spielt Beethoven und Brahms mit einer Technik, die sicheres Können zeigt, und Erna Hoopdorf-Olsen hat für die Brahms-Lieder und für die russischen Kompositionen eine fast zu große Stimme, denn dieses Organ reicht bestimmt für beherrschende Wagnerpartien aus. Trozdem wird hier ein Lied durchaus liedmäßig und mit sicherem Kunstempfinden behandelt. R. Felix Mendelssohn hat ein Hörbild verfaßt, das er schlicht und einfach Rundfunk-Romodie nennt. Aber es ist bestimmt keine Romodie. Im Rahmen einer einfachen Handlung werden ertens alle Bassergeheimnisse verraten, und zweitens läuft eine Revue über das, was der Rundfunk im allgemeinen auf seinem Programm hat. Das Ganze ist als Vision einer Reise durch die Welt aufgezogen und ferner ist der Verlauf gemacht, einen Monomanen der Rundfunktechnik zu zeichnen, einen Menschen, der sich in eine Woe verrennt und Sätze eines Weltweises trägt. Leider kommt das Portrait nicht scharf heraus, es bleibt in der Skizze stehen. Es entsteht nichts weiter als eine Uneinanderreihung. Gestaltung ist nicht vorhanden und gedanklich und sprachlich ist dieses Hörbild nichts zu wünschenswürdig. Jedenfalls bedeutet es keine Bereicherung der Hörplattliteratur und noch viel weniger weist es gangbare Wege ins Ausland. Vielleicht hätte die Idee einen hübschen kurzen Sketch ergeben. — Es folgt unter Selbsterwählter ein Orchesterkonzert, populär gehalten, ohne allzu Bekanntes zu bringen. Im Gegenteil die melodische Suite von Järnefelt werden wohl die meisten Hörer zum erstenmal jetzt im Rundfunk vernommen haben. An Stelle Talens singt Alexander Kirchner, dessen Tenor in letzter Zeit wieder strahlend schön geworden ist.











## Mädchen der Freude

Sie waren beide unglücklich. Er war Bararbeiter in der Fabrik, sie betreute hohem zwei pausbändige Kinder und nähte Büsten. Wenn sie abends beim Schein der traulichen Lampe im Zimmer saßen, er an seiner Pfeife sog und sich im Stuhl behaglich streckte, sie an einem niedlichen Kleidchen für das Jüngste arbeitete und im Nebenraum die beiden Kinder schliefen, strömte durch den Raum ruhiges, zufriedenes Glück. Zuweilen lächelten die großen einander an und lächelten.

Da kam eines Tages das Unheil über sie. Die Fabrik schloß ihre Tore und der Mann irrte stundenlang umher oder hatte grübelnd in der Stube und während die Frau an tröstenden Worten märgte, ballten sich seine Hände zu Fäusten.

Später holte er von der Dachkammer den alten Familienstern und verkaufte darin langsam Kleider, Schuhe und Wäsche. Sein Auszug war weich wie Kalk und sein Blick starr, als ihn der Wogen des Agenten zugleich mit anderen Entlassenen zur nächsten Bahnstation führte. Sein junges Weib stand wie eine Säule am Rande des Dazes und preßte die Kinder so fest an sich, daß diese leise wimmerten.

Monate gingen über das Band und der Briefbote brachte Geld. Dann kam nichts mehr und die Frau trug Großmutter's Kette zum Händler und kaufte Brot und Fleisch für die Kleinen und Holz für den Ofen. Tage vergingen, bis dem jungen Weib vom Ortsvorstand mitgeteilt wurde, daß ihr Mann verunglückt sei und in der großen Stadt oben im nördlichen Westen im Spital liege und sich nach ihr und den Kleinen sehne.

Der Händler schätzte die alten Möbel und reichte bedächtig einige Geldscheine auf den Tisch. Zwei Tage saßen sie. Und im Krankenhaus sprach ein Arzt mitleidige Worte und erklärte jagdgemäß die Todesursache. Auf Kosten der Gesellschaft sei der Mann beerdigt worden.

Die Kleinen weinten vor Hunger und die Quartierfrau drohte mit der Kündigung, als die junge Mutter nach wochenlangem vergeblichen Suchen müde und vom Regen durchnäßt spät am Abend heimkam. Als die Kleinen schliefen, schlich das Weib zum Fenster und starrte hinaus in das schmutzige Grau der nächtlichen Großstadt. Die Kleinen hatten Hunger, das schützende Dach drohte einzustürzen und dort draußen, wo die vielen Dächer brannten, sah das Weib in Strömen, drohten sich geschmückte Frauen und feine Herren, lachten und tanzten, freuten sich ihres Lebens.

Da kam die Wut.

Die Frau ging zum Spiegel. Das ihr widerwärtige Leid der letzten Zeit hatte sie schön, interessant gemacht, ihre dunklen Augen hatten witzig aus dem schneeweißen Gesicht, ihr Körper war weich und diabolisch und der Schritt elastisch.

Die Kinder hungerten, raunte es in ihr, als sie mit Mel dem Spiegel den Rücken lehnte.

Sie setzte sich an den Tisch und stemmte die Füße an die heißen Schläfen. In ihren Ohren summt es und auf der Tischplatte tanzen und lachen viele dickwangenige behäbige Männer, die keine Arbeit, aber Brot für ihr Fleisch geben wollten. Die Kinder hungerten, raunte es in ihr und sie sah sich und ihre Kleinen auf der Straße stehen, ohne Heim und Bett und in der Ferne tauchte ein Hof auf, wo viele schmutzige Menschen in einem düsteren Raume wie Heringe zusammengepfercht waren und bei Tag stand sie auf dem Trottoir und hat die Vorübergehenden um ein Almosen.

Ihr Ausdruck wurde hart, um ihren Mund spielte ein trotziger

Zug und dann fuhr sie sich mechanisch mit dem Kamm durch das schimmernde Haar, nahm den Mantel, ging zum Bett, küßte die Kinder und verschloß leise die Tür.

Die Tränen waren schwer und groß, die das Weib vergoß. Sie drohte zu erstickten. Immer wieder fuhr ihre Hand über das kalte Fensterglas und ihre Augen suchten vergeblich den Wogen, der ihre Kleinen entführt hatte. Es war ihr eigener Biß gewesen, als sie das Aufnahmegebet an das Institut schrie; sie wollte zahlen, die Kinder sollen zu brauchbaren Menschen erzogen werden und verzeihen, daß eine Mutter um sie trauere. Damals vor Wochen, als sie an die Behörden Besuche richtete, schrieb sie mit schwarzer Tinte. Die Bitte den Kindern später zu sagen, sie wären Waisen, war mit dunklem, rotem Herbstlaub geschrieben. Sie vergrub ihren Kopf in den Händen. Und als ihre wässrigen Augen sich von der Straße abwandten und ihre Blide über das leere Bett schweiften, trachten in ihrem Innern Wellen zusammen.

Das Leben wurde nun leer, farblos, freudlos und nur dann, wenn das Weib zur Post ging und mit zitternden Händen den Gebührenden durch den Schalter schob, klackerte es kläglich in ihren Augen auf. In diesen Tagen schien die Sonne wärmer und freundlicher als sonst.

Manchmal, wenn sie am frühen Morgen nach Hause kam, setzte sie sich auf den Bettrand und streichelte die Decke oder sah halb abgesehen vor dem Spiegel, die Augen schwebte in die Ferne gerichtet. Da sah sie des Meines Häuschen. Sie schwebte zum Fenster und gewahrte in der Stube ihren Mann, wie er sich im Lehnstuhl behaglich streckte und mit dem Rauch seiner Pfeife blaue Ringe in die Luft zeichnete. Im Nebenraum stand das kleine weiße Bett. Die Kinder schlummerten. Das Herz drohte ihr zu zerpringen, als sie sich selbst vergeblich suchte. Sie öffnete den Mund und wollte rufen kein Ton. Sie pochte ans Fenster. Kein Laut. Der Mann schien nichts zu sehen und zu hören. Der Schwamm erglitz ihrer Hand, der Kopf neigte sich zur Seite und halb abgesehen vor dem Spiegel stehend umringte sie der erlösende Schlaf.

Oft sah sie bei Tag am Fenster und beobachtete das Treiben auf der Straße, wo die Menschen geschäftig hin und her eilten. ... Gab es kein Zurück zu diesen ihren Mitmenschen? War sie für immer ausgestoßen? Hatte sie nicht auch ein Unrecht auf anständiger Arbeit, so wie die da unten? ... Warum durfte sie nicht am Abend ihre Kinder herzen und zur Ruhe wegen? ...

Aus irgend einer Ecke der Stube erschallte ein häßliches Gelächter und eine dünne Stimme, die zeitweilig zu einem drohenden Orkan anwuchs, piffte und grölte ein Lied von den Ausgeschweiften, die mit ihrer schwarzen Seele nie mehr zurück kämen in das Paradies, wo die reinen, schneeweißen Seelen wandeln. Das sei die Grenzlinie, gezeichnet vom Gesetz der Moral und unauslöschbar. Jene, die doch das Tor durchschritten haben, und in das Land der Reinen eingedrungen sind, bleiben für immer gezeichnet.

Als der Gelang verklingen war, lachte das Weib hell auf. Sie stierte wie irr vor sich hin, lehnte sich automatisch zum Spiegel und begann mit schwerer Hand ihre Lippen rot zu bemalen.

Am Abend, als sie auf der Straße ging, begegneten ihr zwei Frauen. Die eine wies mit dem Finger auf sie und sagte halblaut zu ihrer Nachbarin gewendet: „Eine Dirne“.

Da lachte übermals das junge geschminkte Weib ... lautlos. Und ihr Blick fand kein Ziel. Josef Bau.

Die Mogd soll kommen. Lee. Einen Viter Kum!“ Das Mädchen sprang die Treppe hinauf und hüpfte ins Zimmer. Sie war gut gemacht und stand wie ein Heiligenbild im Licht des ermachenden Tages. Ihr Kleid war aus einfachem Kotton, das die jungen Brüste sehen ließ in spitzer Figur, und sie war, wie es schien, noch unberührt.

Protruschkow erbrach sich.

Was war das Leben? Eine Schaufel Dreck. Eine Leidbarade. Hinter dem Ausgelöschten liegt das andere Leben. Du brauchst nicht zu fragen, ob es schöner ist, es ist das Nichts, das Unbekümmert, das Leblos, das Nirgendwie. Man ist Fleisch vom anderen Fleisch, Erde wie andere Erde. Aus totem Ras wächst das Wiedererstandene. Die verlorene Revolution zeugt das Siegreiche. Der verdrehte Himmel reinigt den Sorglosen. Dreimal in die Sonne springen, jetzt wir heiter hinüber.

Protruschkow stand wie ein Baum. Dann schob er. Die Angel schlug pfeifend durch den Schadel und rief ihn bodenwärts.

Er stand dann nicht mehr wie ein Baum.

Der Himmel salutierte. Ein eisverdickener Wind riß das Fenster auf und stolperte über den langsam erkaltenden Teufel.

Am Ofen ging die Sonne hoch; ich frage euch nur: Für wen? Walter G. Dschifewski.

## Die Kälte in Paris „Meine Tante“ und die „Goldene Traube“

Paris, Mitte Februar.

„Meine Tante“ gibt ihre Decken und Mäntel heraus. „Meine Tante“ heißt im Volksmund das Pariser städtische Pausbureau. Alle Wege in Paris führen zu „Meiner Tante“. Decken und Mäntel, die weniger als 50 Franken wert sind, werden jetzt ausnahmsweise den Entleerern ohne Gegenforderungen zurückgestellt. Jeder soll sich wärmen. Aber die meisten, die sich wärmen möchten, haben nie eine Decke oder einen Mantel zu „Meiner Tante“ gebracht.

Was macht der französische Arbeitsschutz ohne Kälte-schutz? Im Sommer läuft er wachts abdachtslos durch die Straßen, um sich unter irgendeiner Seine-Brücke, vor einem Hauseingang, auf den Jungengasturen der Untergrundbahn oder auf einer Strohhalm unter dem Eisenbahntunnel im Pariser Vorort Kanterre Wagh. Aber bei dieser Kälte? Das Nachtschlaf ist voll. Paris hat drei Nächte. Außerdem gibt es noch ein jüdisches Wagn für jüdische Arbeitsschutz. Wer kommt, muß vor 7 Uhr abends durchs Tor sein und darf nicht vor 6 Uhr früh wieder hinaus. Gerade die stundenweise Beschäftigung in der Nacht bei der Entladung der Wagen im Pariser Bahnhof der Markthalle, wird dadurch für alle diese Menschen unmöglich. Bzgl hat der Polizeipräsident angeordnet, daß jeder nachts in ein Polizeibureau kommen darf, ohne daß er nach seinen Papieren gefragt wird. Die Polizisten verteilen gratis eine Tasse warmen Kaffees. 200 Kola-Brennstellen sind außerdem in ganz Paris aufgestellt. Die Bourgeois überbietet sich in Liebenswürdigkeiten für die Armen. Einige Firmen haben 5000 Franken zur Ueberwindung der Kältezeit gespendet. Ihre Inhaber dürfen nun auf das rote Band der französischen Ehrenlegion hoffen. Denn ihr Name ging durch alle bürgerlichen Zeitungen.

Der Markthallenarbeiter, die am schlechtesten bezahlt und am meisten ausgebeutete Pariser Menschenchor, läuft jetzt zerrissen und verpeht durch die Straßen auf Lederstücken oder Papierrollen, durch deren sich dauernd vergrößernde Löcher der eifrigste Wind pfeift. Nachts gehen sich alle die Armen, die Hallenarbeiter, die Tageelöhner und die Beschäftigungslosen außer in den Kugeln ein Stelldichein im billigsten Pariser Hotel, das den ironischen Namen „Groupe d'Or“ („Goldene Traube“) führt. Das Stück von Käse und Buzzen und Menschenfleisch von Männern und Frauen. Da sitzen sie in zwei Stockwerken reihenweise auf Holzbankten an schmutzigen Tischen. Sie schlafen sitzend. Von Zeit zu Zeit wird man durch das Rufen der Tiere geweckt. Dann tragt man sich, holt schlafend, halb wach. Drei Franken zahlt jeder für die Uebernachtung in der „Goldenen Traube“. Dafür gibt es auch einen halben Liter Rotwein. Warme Getränke sind unbekannt. Fräulein Charles, die Besitzerin des Hotels, die in einem Pariser Vorort eine schöne Villa haben soll, verdient mindestens 500 Franken allabendlich durch ihren Hotelbetrieb.

In der „Goldenen Traube“ sammelt sich das Nichtigstum, das laut aufstrebend eine Gesellschaft anlagert, die eine Kindesabteilung strafgeichtlich verfolgt. Denn die meisten, die hier sitzen, verdanken irgendeinem veralteten Uebermut ihrer unbekanntem Mutter ihr kümmerliches Dasein. Hier sammeln sich alle, denen „der Dant des Vaterlandes“ solange gewiß war, bis das Vaterland dessen gewiß war, daß es sie nicht mehr brauchte. Dumpf, müde, abgearbeitet lassen sie allabendlich zur „Goldenen Traube“ und sind doch noch glückselig gegenüber den Tausenden, die draußen in der Kälte ihr einziges Nest in der Nachbarschaft des Kältebades finden. In all dem hat sich seit Jahrhunderten im Umkreis der Kirche Notre-Dame nicht das mindeste geändert. Kurt Lenz.

## Die einäugige Prinzessin Eboli

Das würde wohl Schiller sagen, wenn er erführe, daß die Prinzessin Eboli, die er in seinem „Don Carlos“ in so herrlichen Farben geschildert hat, in Wirklichkeit nur ein Auge besaß? Und doch läßt sich diese Tatsache nicht abstreiten. Wie Erico Gruppe-Wörter in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ berichtet, hat man aus dem Studium der spanischen Archive und vor allem aus bisher unbekanntem Bildern des Hofmalers Pontozo de la Cruz und anderer den Nachweis geführt, daß die historische Prinzessin Eboli nur ein Auge besaß. Sie suchte diesen Schönheitsfehler nicht durch ein Glasauge zu ersetzen, wohl weil derartige „Schönheitsmittel“ damals nur sehr unvollkommen hergestellt werden konnten, sondern sie verdeckte das fehlende Auge durch ein schwarzes Sammetstück, das ein schwarzes Sammetband unter der Stirn herabhing. Durch diese schwarzen Linien wurde die Form ihrer schönen hohen Stirn eigenartig betont, und auch das schwarze Herz über der Augenhöhle schiene der Wirkung ihrer Reize keinen Abtrag getan zu haben, denn sie wurde die Geliebte König Philipps II. und hinterging ihn mit seinem Geheimsekretär Antonio Perez. Dieses Liebesabenteuer der rätselhaften Prinzessin, das lange Zeit am ganzen Hof bekannt war, bevor es dem König hinterbracht wurde, führte dann zu jener geschichtlichen Ständekammer, die mit der Einkerkelung der beiden Schuldigen endete. Perez gelang es, nach Frankreich zu entkommen, aber die Prinzessin schmachtete mehr als 11 Jahre im Gefängnis.

## Selbstmord des Dichters Protruschkow

Schnee lag über den Dächern, und ein fester, stahlgelberter Wind rasselte durch die Straßen von Petrograd. Im Osten baute sich eine eilige Wand auf; es trat einem das bishigen Wort im Munde, Protruschkow erwachte mit einem stechenden Schmerz am Hinterkopf; ein fürchterliches Zucken ließ den Rücken hinauf und rief die Kramwurzel, war dann minutenlang vorüber, dann kam es wieder, um sich noch ungeheurer einzufressen, giftgrün und am ganzen Körper empfindlich.

„Mutter Gottes, ich gab meine Sünden hin, die du erbatest, und sechs Nachheren dazu für ein billiges Dasein und rief mich die Arme mund vor deinem Kreuz.“ Die Splitter seiner Schwella schwebten in seinem Gehirn. Halt die Glieder an, die von der Peter-Pauls-Kathedrale heraufdröhnten, sie schmecken wie angesäuerte Milch und stechen wie Säure in die Ohren. Dein Schloß ist schlaf und dein Gesicht verbraucht von den vielen Gebeten. Wir sind angegallt in dieser Wästen, höllische Architektur zu deinem leblos verkauten Himmel, der wieder einfällt in dieses Nest aus Dreck und grauem Plunder!“

Es war Dezember, man schrieb Ende des Monats, die Glocken läuteten den Tag ein.

Protruschkow hatte die Nacht durchgeacht, um seinen Leib aufzulösen. Das Herz lag laut und einlam in der Brust.

Genosse Bartowill aus Kasan, Genosse Swornin auf Tschistopol und Genosse Anotallisch aus Seratsch, Sowjets nahe aneinander-legenden Gouvernements des großen Rußland, waren beifammen. Sie schwapten dummes Zeug und hatten Getreide genug für ihre Dörfer. Es ging ihnen verhältnismäßig gut und ihren Landolenten, die sie nach Petrograd schickten, um um einige erbärmliche Rubel betrogen zu werden. Sie waren rasiert, hatten Schnaps im Bauch und Tabak in den Taschen. Ihre Seelen waren jungfräulich, nicht, noch unbesiegt vom Salz des Lebens, obwohl in jeder seine niemals Sorgen gehnt und noch keinen Schmerz unter ihren Beinwandbenden. Die Oktoberbegeisterung ging ohne besondere Erschütterungen an ihnen vorüber, die neuen Reichthümer waren vernünftigen Leute, mit denen man sich über weitere Wirrdheit gut verständigen und einigen konnte. So blieb man, was man war: Beamte, und wird es wohl immer bleiben. Die Natur schafft schon Fortsetzungen, im Organischen wie im Unorganischen, sie läßt sich nicht durch Revolutionen aus der Ruhe bringen. So kann man wohl Jahrzehnte und Lebensläufe überspringen wollen, um den umgekehrten Weg wieder zurückgehen zu müssen. Aber diese Dienstfahre sind lehrreich und haben sonst keinerlei Bedeutung. Der Mensch, so wie er ist, muß wieder eingeschaltet werden; die Maschine der Natur wie die des Menschen hat zu funktionieren und wird, wenn es nicht, pen-punkt.

„Es ist gut,“ sagte sich Protruschkow, „daß man einmal Menschen im Geruch und unter der Nase hat, die Wiederholungen des eintönigen Lebens sind. Man verdirbt sich den Magen, wenn man sie lange in der Umgebung hat, zumal sie wie Biische sind, nachschmecken, fast in den Händen. Ich sagte schon, daß sie mir nicht schmecken, so abgestanden und schaumig-schlapp mit verrosteten Kiemen sind sie. Aber man braucht sie manchmal, man lehnt sie herbei; sei es, daß man noch Wochen weltverlorener Abgeschliffenheit wieder einmal den Mund öffnen möchte, um die Schwere und Reichigkeit seiner eigenen Worte zischend auf der Zunge zu haben und um sie einzulegen in die vielleicht weniger trostlose Welt des körperlichen Gegenüber; sei es aber auch, daß man die, die uns Feinde wurden, einschließen möchte, weil sie das Elend der Welt noch größer machen wollen und den Rest Seligkeit verkürzen für einen Rest Dreckboden der Ewigkeit. Vielleicht nun sie recht damit, vielleicht liegt ihre schamlosen Geschäftigkeit ein tieferer Sinn, eine tragische Symbolik des Abnehmens der Zeit zugrunde, daß man Hände in den Taschen, Gewehr bei Fuß, zusehen und das Unternehmen sogar noch begründen möchte. Solange wir uns noch in Lust und Liebe blähen, sind wir zufrieden und kriechen durch diesen verfaulten Klunder, gläubig, nach einmal dreiertel Sonne und den Rest Brot für uns zu haben. — Was ist das Leben? — Fragst du noch? Frage ich? Eingeschlossen in das schmutzigste Hotelzimmer Petrograds; die Welt hört am eigenen Körper auf, was daneben, darunter, darüber ist, zählt nicht und ist nur Staub zwischen den Rädern.“

Wieder griff ein stechender Schmerz Protruschkows Hinterkopf wie eine Fange. Das Licht seiner Augen fiel nach innen zurück.

Der Wind rief an den Fensterrahmen. Es wurde hell auf den Straßen.

„Was ist mir?“ stöhnte Protruschkow durch die Zähne. „Der Raum schmerzt an den Gliedmaßen, er hat vier Gelenke vier Hände, das sind vier mal vier, gleich einem sechzehnjährigen Schmerz, der die Haut wund reißt. Hat man nicht Gott gedient und Erde gehütet in seiner Jugend? Frag nicht die Fabrik den letzten Willen Freiheit aus der Seele? War man nicht ein tapferer Soldat der Revolution, die eiserne Mauer, daran sich die Augen der Barbarmen die Zähne ausbrachen? Hat man nicht Frauen gehabt und geliebt, sie geschmäppert und Kinder verreden lassen? Alles, was jemais von gut und böse war, hob uns in die reinere Luft des Vergessens. Wir würfeln oft um den Gadder Leben, ihn zu retten für das Himmelreich. Wir schreiben unsere Namen mit dem Blut der Erhängten, der Erschossenen, der Verfaulten in das Buch des Todes, und es schreit sich gut damit. Wer darf uns sagen, daß wir böse waren von Jugend auf? Uns ist der Teufel zu Hauptern gelegt, gut ja, gut ja, er, der Bildgebörnte, Blammerhewige ist das Omega in Gottes Alphabet. Alle Buchstaben sind die Grammatik seiner Gebete.“



# Das Für und Wider der Biersteuer

## Erhöhung der Biersteuer oder der Umsatzsteuer: was ist erträglicher?

Die Steuererhöhungen, die den Reichshaushalt des Wirtschaftsjahres 1929/30 ins Gleichgewicht bringen sollen, haben nirgends Freude hervorgerufen. Selbstverständlich läuft die bejagende Klasse gegen die geplante Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer Sturm, aber auch gegen die Erhöhung der Branntwein- und der Biersteuer sind nicht nur stammende Proteste der Brauereien, der Landwirtschaft und des Schaumgörmes laut geworden, sondern auch Teile der Arbeiterschaft haben gegen diese Steuererhöhungen Bedenken erhoben. Es sei daher speziell für die Biersteuer einmal untersucht, ob die Gründe, die gegen die Erhöhung der Biersteuer sprechen, gewichtiger sind als die Gründe, die für die Erhöhung dieser Steuer sprechen, nachdem nun einmal mehrere hundert Millionen neuer Steuern hereinkommen müssen. Ist es wahr, daß sich die Erhöhung der Biersteuer

### auf die Lage der Landwirtschaft wirklich so katastrophal auswirken

würde, wie es teilweise von Landwirtschaftsvertretern, mehr oder noch und bezeichnenderweise vom Deutschen Brauerbund, immer wieder behauptet wird? In einer Denkschrift gegen die Biersteuererhöhung führt der Deutsche Brauerbund aus, daß die Erhöhung der Biersteuer unbedingt einen Rückgang des Bierverbrauchs zur Folge haben müsse, und daß bereits eine zehnprozentige Abschminderung den landwirtschaftlichen Gesamtanfall an die Brauereien um 25 Millionen Zentner, den Hopfenanfall um 25000 Zentner vermindern würde. Zusammen würde das einen Einnahmeausfall der Landwirtschaft von etwa 500 Millionen Mark bedeuten. Mit diesen billigen Hinweisen versucht das Braugewerbe in der Landwirtschaft Stimmung gegen die Biersteuererhöhung zu machen, und wenige Landwirte werden bemerken, daß die Schlussfolgerungen des Brauerbundes auf ganz falschen Grundlagen aufgebaut sind.

Allein der Einfuhrüberschuß an Gerste, die nicht für Viehfütterung verwendet wird, betrug nämlich im letzten Jahr 4,5 Millionen Zentner, der an Hopfen 60000 Zentner. Da die ganze Hopfeneinfuhr und von der Gersteinfuhr der größte Teil zur Bierherstellung verwendet wird, zeigen bereits diese beiden Zahlen, daß selbst ein zwanzigprozentiger Rückgang des Bierverbrauchs sich in keiner Weise nachteilig auf den Hopfen- und Gersteanfall der deutschen Landwirtschaft auswirken, sondern lediglich den Einfuhrüberschuß von Gerste und Hopfen vermindern würde. Der nach Meinung des Brauerbundes zu erwartende Verbrauchsrückgang, der aus agrarischen Gründen als Verlust der Landwirtschaft hingestellt wird, berührt also die Landwirtschaft nicht im geringsten.

### Das Herz der Frauen und Mütter

Sucht der Brauerbund zu rühren, wenn er es als besonderes Verdienst des Braugewerbes hinstellt, daß aus ihm jährlich als Abfall des Brauprozesses größere Mengen von Trebern zur Viehfütterung erzeugt werden, und daß der deutschen Ernährungswirtschaft aus diesen Trebern heraus mehr als 7 Millionen Hektoliter Milch im Jahre zur Verfügung gestellt werden. Es ist ja sehr nett vom Deutschen Brauerbund, daß er Propaganda für die Milch, die in den Fabriken und auf den Sportplätzen, aber auch in zahlreichen Haushaltungen des Arbeiters in zunehmendem Maße dem Bierverbrauch verdrängt oder zum mindesten ein scharfer Konkurrenz des Biers geworden ist, zu machen bemüht ist. Gerade einer Interessengruppe, die sonst aus brutale die berechtigten und unberechtigten Interessen ihrer Auftraggeber vertritt, ohne sich um die volkswirtschaftlichen Folgen zu kümmern, steht es sehr wohl an, auch gelegentlich christliche Nächstenliebe zu zeigen!

Leider sind nur die Zahlen nicht ganz richtig. Erstens einmal können aus der deutschen Erzeuger-Erzeugung nicht mehr als ungefähr 4 bis 5 Millionen Hektoliter Milch, das sind 2 bis 3 Proz. der deutschen Milchproduktion, erzeugt werden. Wenn man außerdem bedenkt, daß für jeden Liter Milch aus Brautreibern erst 8 Liter Bier getrunken werden müssen, dann erscheint die volkswirtschaftliche Großtat der durch Bier gesteigerten Milchherzeugung doch in einem weitestlich anderen Lichte, als es der Brauerbund wünscht. Daß die Treber leicht durch andere Futtermittel ersetzt werden können, ist selbstverständlich. Die Argumente des deutschen Braugewerbes, daß die Landwirtschaft unter der Steuererhöhung leiden werde, oder daß die deutsche Milchherzeugung bedroht sei, können also nur als plumper Bauernfang bezeichnet werden.

### Geht der Bierabsatz zurück?

Dabei rechnet das Braugewerbe zum mindesten in seinen Agitationschriften damit, daß die Erhöhung der Biersteuer einen Rückgang des Bierabsatzes zur Folge haben werde. Wir sind nicht der Meinung, daß der Bierabsatz zurückgehen wird. Auch bei der letzten Biersteuererhöhung im Jahre 1925 wurde ein Rückgang des Bierverbrauchs vom Braugewerbe prophezeit. Dieser Rückgang ist nicht nur nicht eingetreten, sondern der Bierverbrauch hat sich weiter gesteigert. Bei der jetzt geplanten Biersteuererhöhung wird es nicht anders sein; im allerhöchsten Maße ist eine Verlangsamung des Tempos in der weiteren Steigerung des Bierverbrauchs oder für vorübergehende Zeit auch ein Gleichbleiben des Bierverbrauchs, keinesfalls aber ein Rückgang zu erwarten. Das wird einem sehr deutlich, wenn man einmal die Biersteuererhöhung pro Glas Bier umrechnet.

Bei einer durchschnittlichen Steuererhöhung von 3 M. je Hektoliter entfällt auf 1/2 Liter-Glas eine Verteuerung von 1 1/2 Pf. Bei einem Preisaufschlag von 1 1/2 Pf. pro 1/2 Liter oder von 3 Pf. für ein kleines Glas Bier kann ein Rückgang des Verbrauchs nicht erwartet werden. Es muß übrigens doch darauf hingewiesen werden, daß die letzte Biersteuererhöhung vom Brauerbund selbst dazu benutzt wurde, um die Bierpreise nicht nur um den Steuerbetrag selbst, sondern um nahezu den doppelten Betrag zu erhöhen. Trotzdem damals kein Verbrauchsrückgang!

Bei den ausgezeichneten Retabilitätsverhältnissen des deutschen Braugewerbes dürfte als selbstverständlich angenommen werden, daß das Braugewerbe die neue Biersteuererhöhung keinesfalls zu einer über diese hinausgehenden Preiserhöhung bemühen wird. Außerdem möchten wir den Brauereien doch sehr empfehlen, sich mit den meist von den Brauereien abhängigen Gastwirten und Schaustattbesitzern in Verbindung zu setzen und mit ihnen ein Abkommen zu treffen, daß die durch Steuern verminderte Preis-erhöhung nicht vom Gastwirts- und Schaustattbesitzer des Gastwirts ausschlagend von 60 auf 80 Proz. benutzt wird. Das Braugewerbe hätte es also selbst weitgehend in der Hand, einen noch immer bestehenden Verbrauchsrückgang an Bier zu verhindern. Es wäre ein unmöglicher Zustand, wenn die Erhöhung der Biersteuer, die in einem repräsentativen Reichstag eine Rechtsanerkennung von

165 Millionen Mark bringen soll, dem Gastwirts- und Schaustattbesitzer durch nichts gerechtfertigten Extraprofit von über 100 Millionen Mark zuschieben würde.

### Die wirklich ernstlichen Bedenken der Verbraucherbelastung.

Am schwersten zu überwinden sind die ernstlichen Bedenken, die vom Verbraucherstandpunkt gegen die Erhöhung der Biersteuer eingewandt wurden. Denn letzten Endes belastet die Biersteuer ja doch und ganz die Verbraucherschaft. Daß diese neue Belastung von seinem Arbeiter mit Freude begrüßt wird, ist selbstverständlich. Es fragt sich nur, ob eine Ablehnung der Biersteuer, da das Defizit im Staatshaushalt auf jeden Fall gedeckt werden muß, nicht andere Steuererhöhungspläne zur Folge haben würde, die vom Verbraucherstandpunkt aus noch viel weniger erwünscht sind als eine erhöhte Besteuerung des Bierkonsums.

In bürgerlichen Kreisen wird an Stelle der Biersteuererhöhung und der anderen zu erhöhenden Steuern immer wieder eine Erhöhung der Umsatzsteuer vorgeschlagen. Dabei wird vollständig verkannt, daß eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die in den letzten Jahren von 2 1/2 bis auf 4 Proz. herabgedrückt werden konnte, wenn sie auch vom einzelnen Verbraucher nicht immer bemerkt wird, sich für die gesamte Verbraucherschaft viel drückender auswirken muß als die Erhöhung der Biersteuer. Um dieselben steuerlichen Mehreinnahmen zu erzielen, wie sie die Steuererhöhungsentschlüsse der Regierung bringen sollen, müßte die Umsatzsteuer um ungefähr 1/4 Proz. erhöht werden. Das bedeutet aber keineswegs eine Verteuerung der Waren lediglich um 1/4 Proz., sondern um mindestens 1 bis 2 Proz., da die Umsatzsteuer bei der Warenerzeugung nicht nur einmal, sondern bei jedem Umschlag während des Produktionsprozesses erhoben wird, wie fol-

gendes Beispiel aus der Schuhindustrie zeigt: Die Sohle werden vom Landwirt, bis sie als Sohle in die Hände des Verbrauchers gelangen, ungefähr zehnmal umgelegt, zehnmal wird also auch Umsatzsteuer erhoben.

### Wie die Umsatzsteuer sich fortwälzt und erhöht.

1. Umschlag: Bier ab Landwirt, davon Zellwert 800 M.	1/4 % = 2.00
2. " " " " " " " "	1/4 % = 2.25
3. " " " " " " " "	1/4 % = 2.50
4. " " " " " " " "	1/4 % = 2.75
5. " " " " " " " "	1/4 % = 3.00
6. " " " " " " " "	1/4 % = 3.25
7. " " " " " " " "	1/4 % = 3.50
8. " " " " " " " "	1/4 % = 3.75
9. " " " " " " " "	1/4 % = 4.00
10. " " " " " " " "	1/4 % = 4.25
Summe der Umsatzsteuer auf 41.01 M.	

Selbst wenn man annimmt, daß lediglich die Umsatzsteuer ohne Aufzundung nach oben den Preisen zugerechnet wird, kommen wir bei einem Massenverbrauchsartikel wie bei Schuhen auf eine Umsatzsteuerbelastung von 1,1 Proz., bei der vielfach üblichen Aufzundung dagegen in Wirklichkeit wohl auf 1 1/2 bis 2 Proz. Um dem Reich eine Mehreinnahme in Höhe von beispielsweise 100 Millionen zu bringen, würde die Umsatzsteuer die Verbraucherschaft also um mindestens 150 bis 200 Millionen mehr belasten.

Noch ein weiteres gewichtiges Moment spricht für die Biersteuer und gegen die Umsatzsteuer. Während einer Erhöhung der letzteren kein Verbraucher, auch nicht der ärmste ausweichen kann, sondern in den veräuerten Massenkonsumartikeln zur erhöhten Steuerzahlung zwangsweise herangezogen wird, besteht bei der Biersteuer gerade für die ärmsten Verbraucherschichten, doch eine gewisse Möglichkeit, dieser erhöhten Steuerleistung durch eine geringe Einschränkung des Verbrauchs auszuweichen.

Nach alledem dürfte es kein Zweifel sein, daß die Biersteuererhöhung, die die Landwirtschaft und das Braugewerbe durchaus nicht schädigt, auch für die Verbraucherschaft erträglicher wäre als eine Erhöhung der Umsatzsteuer.

## Die goldene „Ise“.

### Rekordförderung und Leistungsteigerung bei „Ise“-Bergbau. — 30 Millionen Selbstfinanzierung.

Die Monatsberichte über die Lage im ostfälischen und mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zeigen bereits, daß 1928 ein neues Jahr erhaltender Hochkonjunktur war, die an Stärke die der beiden vorhergehenden Jahre noch weit übertraf. Der jetzt veröffentlichte Abschluß der „Ise“-Bergbau-A.G., des stärksten Unternehmens im ostfälischen Revier, zeigt nun, welchen bedeutenden Aufschwung die einzelnen großen Abzweige im Braunkohlenbergbau genommen haben.

Das entscheidende Merkmal in der Entwicklung der deutschen Braunkohlenindustrie sind die steigenden Leistungen der Belegschaft je Kopf und Schicht infolge der Rationalisierung der Betriebe und die entsprechende Senkung der Kosten. Die Verwaltung der „Ise“-Bergbau-A.G. hat im Vergleich zu früheren Jahren es diesmal zwar vorgezogen, die Umsatz- und Lohnziffern vorläufiger zu verschweigen, doch spiegelt sich die außerordentlich günstige Geschäftsentwicklung des Unternehmens auch in den anderen Ziffern deutlich genug wider. Es betrug:

Jahr	Belegschaft	Kohlenförderung Tonnen	Werkstoffproduktion Tonnen	Umsatz
1924	6042	8,6 Mill.	2,6 Mill.	34,0 Mill.
1925	6126	9,2	2,9	37,7
1926	5194	9,1	2,9	38,5
1927	4815	9,5	3,0	40,7
1928	5287	10,8	3,2	?

Während also im ersten Jahr der Stabilisierung eine Belegschaft von fast 7000 Mann 8,6 Millionen Tonnen Kohle förderte und 2,6 Millionen Tonnen Werkstoffe produzierte, hat im letzten Betriebsjahr eine demgegenüber um fast 1700 Mann verringerte Belegschaft eine um mehr als 20 Proz. erhöhte Förderung und um rund 15 Proz. gestiegene Bruttoproduktion durchgeführt.

Der guten Betriebslage entsprechend wuchs der ausgewiesene Rohgewinn von 17,1 auf 20,3 Millionen Mark, während die allgemeinen Kosten trotz der starken Produktionssteigerung mit 0,76 Mill. M. noch unter den Ziffern von 1926 liegen. Die seit 1924 Jahr für Jahr erhöhten Abschreibungen auf die Betriebsanlagen sind auch diesmal wieder erheblich von 5,3 auf 6,0 Mill. M. gesteigert. Trotzdem übersteigt der (ausgewiesene) Reingewinn mit 7,19 Millionen den des Vorjahres um fast 20 Proz., so daß die Gesellschaft ihre seit 1924 mit 8 Proz. stabilisierte Dividende auf 10 Proz. heraufsetzt.

In welchem Maß dieses Unternehmen die Selbstfinanzierung für die Rationalisierung durchführen konnte, geht daraus hervor, daß einschließlich der 8,6 Mill. M., die im letzten Jahr in die Betriebe gesteckt wurden, seit 1925 rund 30 Millionen zum Ausbau der Anlagen verwandt wurden, ohne daß eine Kapitalerhöhung erforderlich war. Diese enormen Summen wurden also sämtlich aus laufenden Mitteln „über Betrieb“ bezahlt.

So verdienen die ostfälischen Braunkohlwerke, deren Syndikat im Dezember eine Preiserhöhung für Hausbrandbriketts um 60 Pf. je Tonne durchsetzen konnte, ohne auf den Widerstand des Reichswirtschaftsministers zu stoßen. So haben sich führende Werke einer Industrie entwickelt, die ihre Belegschaften jahrelang mit Glanzlöhnen speisten und nach erfolgreicher Durchführung des Braunkohlenarbeiterstreits nicht gewagter Bedrohung ihrer Wirtschaftlichkeit schreien konnten. Die glänzende Entwicklung der „Ise“-Bergbau-A.G. ist keine Ausnahme. Die Abschüsse der anderen großen und mittleren Unternehmen werden zeigen, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, der gesamte ostfälische und mitteldeutsche Braunkohlbergbau von dieser Konjunkturbewegung profitiert hat.

### Mehr als 5000 deutsche Kinotheater.

Anfang 1929 wurden in Deutschland mehr als 5000 Kinotheater gezählt. In einem Jahre hat sich die Zahl der deutschen Schauspieltheater von 4460 auf 5013 erhöht. Die Zahl der Sitzplätze ist in der gleichen Zeit von 1.688.485 auf 1.874.518 gestiegen. Um 12 Proz. hat also in einem Jahre das Privatkapital die der Filmindustrie dienenden Theateranlagen erhöht.

Über nichts wird so sehr gejammert wie über die Unrentabilität der Filmindustrie und auch der Kinotheater. Soll man glauben, daß diesen Klagen gegenüber die Filmtheater nur deshalb so schnell vermehrt werden, um das so fe geschätzte Geld zu verdienen?

## Lloyd wieder 8 Prozent Dividende.

### Reingewinn von 11,7 auf 14,1 Mill. gestiegen.

Im Gegensatz zur Hapag in Hamburg, die kürzlich ihre Dividendenbesetzung von 8 auf 7 Proz. bekanntgab, hält der zweite deutsche Reedereierte, der Norddeutsche Lloyd in Bremen an seiner letzten Dividende von 8 Proz. fest.

Die gleiche Dividende setzt aber weit höhere Gewinne voraus, da für 1928 das erhöhte Kapital von 162,5 gegen 127,3 Millionen Mark zu verzinsen ist. So ist auch der Rohgewinn von 40,1 auf 46,5 Mill. M. gestiegen und der ausgewiesene Reingewinn von 11,7 auf 14,1 Mill. M. Hieran fließen den Aktionären 12,8 Millionen als Dividende zu. Der Geschäftsbericht des Unternehmens liegt noch nicht vor, doch zeigt der jetzt herausgegebene kurze Bericht der Verwaltung, daß der Lloyd auch im letzten Jahr sein Schiffsfahrtsgeschäft erheblich ausdehnen konnte. Die Gesamttonnage der in Fahrt befindlichen Flotte hat sich von 649.000 auf fast 780.000 Brutto-Register-Tonnen erhöht.

## Die Arbeit im Maschinenbau.

### Das Verhältnis der Angestellten und Facharbeiter zur Gesamtbelegschaft.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, der Spitzenverband der deutschen Maschinenindustrie, hat eine Statistik veröffentlicht, die bemerkenswerte Ziffern über die Zusammenlegung der Belegschaften in der Maschinenindustrie enthält.

Im Juli 1914 entfielen auf 1000 Beschäftigte 163 Angestellte und 837 Arbeiter. Dieses Verhältnis, das sich bis 1925 nicht wesentlich veränderte, änderte sich dann auffallend bis zum Juli 1928. Hier entfielen auf 1000 Beschäftigte 208 Angestellte und nur 792 Arbeiter. Diese starke Verschiebung dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die damals herrschende Krise und die Aufnahme der Rationalisierung im Maschinenbau sich früher und zunächst schärfer bei der Arbeiterkraft als bei den Angestellten auswirkte. So wird erfahrungsgemäß bei Nachlassen des Auftragsverkehrs und Beginn von Rationalisierungen im Maschinenbau der größte Teil der Angestellten zunächst noch zur Erledigung von Anträgen und zur Ausarbeitung von Projekten beschäftigt, bis auch die Anträge ausbleiben und die Entlassungen auf die Angestellten übergrößen. Die Abbaumassnahmen bei den Angestellten wirken sich jedoch zusammen mit verbesserter Beschäftigung der Betriebe darin aus, daß bis zum Sommer 1928 auf 1000 Beschäftigte wieder 821 Arbeiter und nur 179 Angestellte entfielen, womit sich das Verhältnis wieder normalisiert.

Als günstiges Zeichen der Betriebsentwicklung ist die Tatsache anzusehen, daß der Anteil der Facharbeiterkraft, auf die vor dem Kriege nur 1000 Arbeitern 500 entfielen, im letzten Jahr den Vorkriegsanteil überholt hat, so daß jetzt 524 Facharbeiter auf 1000 Arbeiter entfielen. Während der Anteil der angelernten Arbeiter in dieser Zeit nur von 202 auf 194 a. T. zurückging, verringerte sich der Anteil der Ungelernten weit stärker, von 147 auf 110 a. T.

Lokomotiven-Henschel bekommt neue große Aufträge. Die südafrikanische Eisenbahn hat für 5,4 Millionen Mark Lokomotivaufträge vergeben. Davon kommen an Henschel in Kassel Aufträge im Werte von 1,74 Millionen, an eine englische Firma Aufträge im Werte von 2 Millionen und an eine amerikanische Firma Aufträge im Werte von 1,64 Millionen Mark. Südafrika erklärt, daß zur rechtzeitigen Befriedigung des Bedarfs diese Verteilung auf drei Länder erfolgt sei. Wir nehmen aber an, daß das geschehen ist, um die Engländer wegen der Mitbestimmung Deutschlands und Amerikas nicht wieder zu ärgern. — Henschel u. Sohn hat außerdem für die holländischen Eisenbahnen 22 Heißdampf-Schnelllokomotiven in Auftrag erhalten, die weitgehend 3 1/2 Millionen Mark ausmachen.

Einfuhrbeschränkung für Gerste aus Amerika verlängert. Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist die Einfuhrbeschränkung der Einfuhr von Gerste aus den Vereinigten Staaten von Amerika vom 27. September 1928 bis zum 31. Mai 1929 verlängert worden.

## Bei Frostschäden

beuge man sofort vor, ehe sie sich für die Dauer festsetzen. Frostschäden, Rote und Juckreiz, verreibt Frostschadenmittel R. 1. — Auf gebrauchte Wunden stellt Frostschadenmittel R. 1. — Wo in Drahtorten nicht erhältlich, bei Otto Reigel, Berlin SO, Eisenbahnstraße 4.